

Zur Abwehr!

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler, der Führer der deutschen Freiheitsbewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt. Am 3. März 1933 bekannte sich das deutsche Volk in einer wunderbaren Erhebung zu ihm und zu seinem Befreiungsweg. Die

nationale Revolution

schlug das alte System in Trümmer, der Marxismus liegt zerschmettert am Boden, Deutschland geht einem neuen Aufsteig entgegen.

Dieser grandiose deutsche Freiheitskampf erfüllt den

internationalen Weltjuden

Hass und Grimm. Er sieht, daß es mit seiner Macht in Deutschland zu Ende geht. Er sieht, aus diesem Deutschland kann er keine sowjetjüdische Verbreterkolonie mehr machen. Jetzt handelt er nach dem Programm, das der jüdische Zionistenführer Theodor Herzl im Jahre 1897 in Basel bei einem großen Judenkongreß feierlich verkündete - (Auszug aus der 7. Sitzung):

„Sobald ein nichtjüdischer Staat es wagt, uns Juden Widerstand zu leisten, müssen wir uns wehren, und sein, seine Nachbarn zum Kriege gegen ihn zu veranlassen. Um davor zu werden wir die öffentliche Meinung vorschützen. Wir werden wir vorher durch die sogenannte „achte Großmacht“, die Presse, in unserem Sinne bearbeiten. Mit ganz wenig Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse der Welt in unseren Händen.“

Nach einem großangelegten Plan hat in diesen Tagen der Jude die öffentliche Weltmeinung gegen Deutschland aufgehetzt. Er bedient sich dazu der Presse, durch die er eine ungeheure Lügenflut über die Welt ergießt. Kein Verbrechen, keine Schandtat ist ihm zu niederträchtig, er beschuldigt die Deutschen damit.

Der Jude lügt, in Deutschland würden Angehörige des jüdischen Volkes grausam zu Tode gefoltert.

Der Jude lügt, es würden diesen Juden die Augen ausgebrannt, die Hände abgehackt, Ohren und Nasen abgeschnitten, ja, selbst die Leichen würden noch zersstückelt.

Der Jude lügt, es würden in Deutschland selbst jüdische Frauen in grauenvoller Weise gefoltert und jüdische Mädchen vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigt.

Der Jude verbreitet die Lügen in derselben Weise und zu demselben Zwecke, wie er das auch während des Krieges getan hatte. Er will die Welt gegen Deutschland aufwiegeln.

Darüber hinaus fordert er zum

Boykott deutscher Erzeugnisse

auf. Er will damit die Unzulänglichkeit in Deutschland noch vergrößern, er will den deutschen Export ruinieren.

Deutsche Volksgenossen! Deutsche Volksgenossinnen!

Die Schuldigen an diesem wahnwitzigen Verbrechen, an dieser niederträchtigen Greuel- und Boykott-Hetze sind die

Juden in Deutschland

Sie haben ihre Rassegenossen im Ausland im Kampf gegen das deutsche Volk aufgerufen. Sie haben die Lügen und Verleumdungen hinausgemeldet. Darum hat die Reichsleitung der deutschen Freiheitsbewegung beschlossen, in Abwehr der verbrecherischen Hetze

ab Samstag, den 1. April 1933 vormittags 10 Uhr

über alle jüdischen Geschäfte, Warenhäuser, Manufakturen usw.

den Boykott zu verhängen

Dieser Boykottierung Folge zu leisten, dazu rufen wir Euch, deutsche Frauen und Männer, an

Kauft nichts in jüdischen Geschäften und Warenhäusern!

Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten! Meidet jüdische Aerzte!

Zeigt den Juden, daß sie nicht ungestraft Deutschland in seiner Ehre herabwürdigen und beschmutzen können. **Wer gegen diese Aufforderung handelt, beweist damit, daß er auf der Seite der Feinde Deutschlands steht.**

Es lebe der ehrwürdige Generalfeldmarschall aus dem großen Kriege, der Reichspräsident!

Es lebe der Führer und Reichskanzler

Paul von Hindenburg!
Adolf Hitler!

Es lebe das Deutsche Volk und das heilige

Deutsche Vaterland!

Plakat Nr. 1

Zentral-Komitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykott-Hetze.

gez.: Streicher.



RUB Bochum

Inst. z. Erforsch. d. europ. Arbeiterbew.

S20 6320

HEFT 14

NOV/DEZ 1988

3. JAHRGANG

DM 1.50

50 JAHRE Reichspogromnacht



"Synagoge Recklinghausen"

IN DIESEM HEFT

Einleitung	3
Der Pogrom vom November 1938	4
Hakenkreuzfahnen sind ... ausgeliefert	6
Interview mit Zeitzeugen	12
Initiativkreis 9. November	17
Solidarität mit dem kurdischen Volk	19
Kurdische Flüchtlinge in der Türkei	21
Blick nach draußen	22
Putschist Evren auf Staatsbesuch in der BRD	28
Bundesweite Demo gegen NPD-Treffen in Frankfurt	29
Woche des ausländischen Mitbürgers in Recklinghausen...30	
9. landesweite Konferenz der Antifa-Initiativen	32
Impressum	33
Arbeitshilfe Kommunalwahlen	34
Offener Brief	35
Volkssturm Recklinghausen vor Gericht	36
Gasträume für Neonazis - Ja oder Nein?	37
Pinwand	39

Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Cafe Samowar
- Taranta Babu-Buchladen
- Akzente-Buchhandlung



Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostl.
- Drübelken-Kneipe
- Acht-Acht-Kneipe
- Grauzone-Kneipe
- Altstadtschmiede
- Grünes Büro

Marl

- Bücherladen
- Die Mühle-Kneipe

Bochum

- Akzente-Buchhandlung

Herten

- Büchereule
- Bioladen

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4800 Dortmund 1

Einleitung

„50 Jahre Reichspogromnacht“ - selbstredend ist dies der Schwerpunkt der November-Ausgabe der **Antifaz**.

In der Nacht vom 8. zum 9. November 1938 verübten die Nationalsozialisten im gesamten „Reichs“-gebiet Greueltaten gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Von ihnen selber wurde der beschönigende und anbiederliche Begriff der „Reichskristallnacht“ geprägt. Als hätten im November '38 spontan die Volksmassen „Rache“ geübt an „dem“ Juden, als hätte „das Volk“ sich gegen die „Verschwörung des Weltjudentums“ erhoben.

Die Wahrheit ist: Die faschistische NSDAP hatte kalt und nüchtern das Attentat auf den Botschaftsangehörigen von Rath benutzt, um durch ihre SA-Banden den Auftakt zur geplanten „Endlösung der Judenfrage“ zu markieren.

Doch wenn auch planmäßig organisiert, wenn auch in den braunen Uniformen scheinbar in ‚disziplinierter Form‘ ausgeführt - das Pogrom war seinem Inhalt nach mehr: Die Pogromnacht war auch die „Nacht der langen Messer“, von der Ernst Bloch in „Das Prinzip Hoffnung“ schreibt:

„Aus der Nacht der langen Messer ist Hitler gestiegen, aus dem Traum dieser Nacht wurde er von den Herren gerufen, als er ihnen nützlich wurde.(...)Wie die kleinbürgerliche Wut mit ihrer Rache nicht die Ausbeutung haßt, sondern nur dies, nicht selbst ein Ausbeuter zu sein, so haßt die Tugend nicht das Lotterbett der Reichen, sondern nur dieses, daß es ihr persönlich, ganz speziell, nicht geworden ist.(...)Der Anstifter, das Wesen der Messernächte war selbstredend das Großkapital, doch der rasende Kleinbürger war die erstaunliche, die gräßlich verführbare Erscheinung dieses Wesens.“

Daß diese „Erscheinung“ auch heute wieder zahllose Spielarten zeigt, soll in einigen Artikeln dieser Ausgabe deutlich werden.

Die Redaktion

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan!

Der Pogrom vom November 1938 „Reichskristallnacht“

Aktionen in Recklinghausen und Herne

Überall in Deutschland wird in diesen Wochen der früher so genannten „Reichskristallnacht“ gedacht.

Vom 8. bis zum 13. November 1938 richteten die Nazis Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung an, welches die späteren noch größeren Verbrechen an den Juden ankündigten.

Heute wird deshalb dieses Verbrechen auch von vielen als „Reichspogromnacht“ bezeichnet. „Kristallnacht“ ist ja auch eine widerliche schönfärbische Sprachregelung.

Selbst in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Broschüre wird vom „Pogrom vom November 1938“ gesprochen. Aber auch der Begriff Pogrom dürfte vielen Mitbürgern nicht gerade geläufig sein.

„Pogrom“ kommt aus dem Russischen und bedeutet soviel wie Verwüstung, Verheerung. Das Fremdwörterlexikon spricht von „örtlichen Gewalttätigkeiten gegen Bevölkerungsgruppen, insbesondere Juden“. Die Erklärung in der Broschüre der Bundeszentrale ist etwas detaillierter. Hier

spricht man von „Übergriffen auf Eigentum und Leben einer nationalen, religiösen, rassischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Bevölkerungsgruppe durch eine systematisch aufgehetzte Menge.“

Nimmt man die Begriffe etwas genauer unter die Lupe, so sticht ins Auge, daß in dieser Definition der Pogrom von einer „systematisch aufgehetzten“ Menge ausgeht. Bei den Pogromen des November 1938 mögen sicher auch aufgehetzte Bürger Beifall geklatscht haben, die Gewalttaten wurden jedoch in ihrer überwiegenden Zahl von den örtlichen SA- und NSDAP-Gruppen organisiert und durchgeführt. Der gefundene Anlaß für die Pogrome ist wahrscheinlich den meisten bekannt:

Am 7. November war der 17jährige deutsche Jude Herschel Grynszpan, der seit 1936 in Paris lebte und dem die Ausweisung nach Deutschland drohte, in die deutsche Botschaft gekommen und hatte den Gesandtschaftsrat Ernst von Rath erschossen. Kaum war dieses Attentat in Deutschland bekannt gemacht worden, reagierte das NS-System

durch Goebbels Propaganda-Apparat: Der Anschlag sei eine Tat der „Jüdischen Weltverschwörung“. Im Leitartikel des „Völkischen Beobachters“ vom 8.11.38 hieß es:

„Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschließen. Wir werden uns die Namen jener merken, die sich zu dieser feigen Meucheltat bekennen, so wie wir auch die Namen jener nicht vergessen haben, die in der kritischen Septemberwoche das französische Volk zum Krieg gegen Deutschland aufhetzen wollten. Es sind dieselben Kräfte wie in Kairo und Davos, es sind Juden und keine Franzosen. Die Schüsse in der deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen

deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten, sondern hoffentlich auch ein Signal für diejenigen Ausländer sein, die bisher nicht erkannten, daß zwischen Verstandigung der Völker letzten Endes nur der internationale Jude steht.“

Die organisierten Pogrome fanden im gesamten Reichsgebiet statt. Der abgebildete „Schnellbrief“ gibt nur ein sehr heruntergespieltes Fazit der Gewaltaktionen.

Bereits am 12. November wurden die Angaben korrigiert:

Insgesamt seien etwa 7500 Geschäfte zerstört worden, der Wert der

zerschlagenen Fensterscheiben allein werde auf ca. 10 Millionen Mark geschätzt, den materiellen Gesamtschaden bezifferte Heydrich auf mehrere 100 Millionen Mark.

Daß daneben aber viele Juden ermordet und zehntausende festgenommen wurden, ist unseres Erachtens auch heute noch von den meisten Bundesbürgern nicht richtig zur Kenntnis genommen worden. Der Begriff „Reichskristallnacht“ hat seine Wirkung nicht verfehlt: Allgemein wird damit nur die Zerstörung von Glas verbunden, wobei indirekt noch

immer mitspielt, es sei ja im Grunde nur den „Finanzjuden“ (Kristall kann sich schließlich nicht jeder leisten) an den Krügen gegangen.

Uns scheint, daß nach wie vor bei vielen, vor allem älteren Mitbürgern, der Wunsch nach Verdrängung vorherrschend ist. In einem Widerspruch dazu steht die an vielen Orten zu beobachtende äußerst rege, teilweise sich geradezu überschlagende Aktivität aller möglicher Institutionen, den 50. Jahrestag angemessen zu „würdigen“.

Allein in Recklinghausen finden vier Ausstellungen und zwischen dem 5. Oktober und dem 18. November 18 Veranstaltungen statt.

Städtischerseits sind hierbei aktiv: Stadtbücherei, Volkshochschule, Ruhrfestspielensemble, Junges Forum, Stadt- und Vestisches Archiv.

Erwähnenswert: Das Projekt „Spurensuche“ der Jugendvolkshochschule, „ESPE“ mit der jiddischen Revue „Jankele“ und eine Lesung mit Bernt Engelman „Deutschland ohne Juden – eine Bilanz“.

Veranstaltungen, die nicht unter städtischer Regie laufen, finden nur zwei in Recklinghausen statt:

Zum einen eine gemeinsame Kulturveranstaltung von Deutsch-Türkischem Verein und Frauenkabarett, zum anderen eine von Antifaschistischem Bund und Jusos organisierte Podiumsdiskussion mit

Der Chef der Sicherheitspolizei
II B 4 – 5716/38g
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 11. November 1938
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher: A 2 Flora 0040
Geheim

Schnellbrief

An den
Herrn Ministerpräsidenten
Generalfeldmarschall Göring
z. Hd. von Ministerialdirektor Dr. Gritzbach

Berlin W 8
Leipziger Str. 3

Betr.: Aktion gegen die Juden

Die bis jetzt eingegangenen Meldungen der Staatspolizeistellen haben bis zum 11. November 1938 folgendes Gesamtbild ergeben:

In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. Es wurde, um weitere Plünderungen zu vermeiden, in allen Fällen scharf durchgegriffen. Wegen Plünderern wurden dabei 174 Personen festgenommen.

Der Umfang der Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Ziffern: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. Wegen der Dringlichkeit der Berichterstattung mußten sich die bisher eingegangenen Meldungen lediglich auf allgemeine Angaben, wie „zahlreiche“ oder „die meisten Geschäfte zerstört“, beschränken. Die angegebenen Ziffern dürften daher um ein Vielfaches überstiegen werden.

An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört.

Festgenommen wurden rund 20000 Juden, ferner 3 Arier und 3 Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen.

An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Verletzten sind Juden. Ein Jude wird noch vermißt. Unter den getöteten Juden befindet sich ein, unter den Verletzten 2 polnische Staatsangehörige.
Heydrich

Dokument PS 3058 des Internationalen Militärtribunals Nürnberg, abgedruckt bei Poljakow-Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, Dokumente und Aufsätze, Berlin 1955.

Prof.Dr. Hans Mommsen von der Ruhruni Bochum. Im Gegensatz zu anderen Städten ist die Stadt Recklinghausen offensichtlich nicht daran interessiert, mit allen demokratischen Kräften gemeinsam eine politische Würdigung dieses Jahrestages zu organisieren, welche vor allem die Lehren aus dem Geschehen zu ziehen versucht und aktuelle Gefahren des Neofaschismus benennt. Vielmehr

sollen durch zahlreiche „Feierlichkeiten“, Gottesdienste und durch eine außerordentliche Rats-sitzung am 9.November die Verbrechen der Vergangenheit in „würdiger“ Form als „Vergangenes“ präsentiert werden - welche natürlich heute keinesfalls wieder vorkommen können. Da sind die politischen Kräfte, die auf aktuelle Verbrechen, der Ausländerfeindlichkeit und heutigen Rassismus

hinweisen wollen, nicht erwünscht. So wurden für die Dokumentation aller Veranstaltungen auch bezeichnenderweise die Organisationen nicht angeschrieben, die am kontinuierlichsten gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit arbeiten: Der Antifaschistische Bund, der Türkische Arbeiterverein, der Deutsch-Türkische -Ver-ein und andere.

„Hakenkreuzfahrten sind in ausreichender Zahl ange-liefert worden...“

Auf dem Weg zur Macht - die Nazis in Recklinghausen um 1933

„Die lokale Betrachtung der Geschichte kann für die engagierte Rekonstruktion und Ursachenforschung ein guter Zugang sein, wenn der Gefahr der ‚Entpolitisierung‘ begegnet wird“, schreibt Reinhard Dreiser in einer Dokumentation zum 50.Jahrestag der Pogromnacht:„Die Darstellung der Mikroebene der Geschichte kann zum Abgleiten in das Reich des ‚Menschlichen‘, allzu Menschlichen‘ verführen und eine idyllische Pseudorealität reproduzieren.

Nicht zuletzt deshalb wurde für diese Dokumentation der ‚Machtergreifung‘ in Recklinghausen die Form von Arbeitsmaterialien gewählt

(...)Die Faksimilewiedergabe soll Authentizität vermitteln, damit kein museales Abhaken oder keine passive Rezeption stattfindet, sondern Anregung zur aktiven Analyse und darüberhinausgehender Weiterarbeit.“ Die Dokumentation beschreibt in ausgezeichneter Weise auf kommunaler Ebene die Machtentfaltung des Faschismus. Die Dokumente betreffen den Zeitraum vom 24.1.1929 bis zum 11.9.1935. Ausgewählt wurden zum Beispiel: Zeitungsbericht über eine NSDAP-Veranstaltung, Wahlkampfanzeigen der NSDAP, der SPD, des Zentrums, Auszüge

aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 13.4.33, als Hindenburg und Hitler Ehrenbürger wurden, Foto der Ehrenbürgerurkunde für Hitler, Zeitungsmeldungen über Straßenumbenennungen, Auswahl aus Artikeln der Nationalsozialisten, die sich mit politischen Gegnern der NS-Regierung beschäftigen, Anfrage des Polizeiführers West über die KPD, Bekenntnisbrief eines Volksschullehrers, Plakat zum Judenboykott, Anzeige des Kaufhauses Althoff, etc. Wir veröffentlichen im folgenden einzelne Blätter der Dokumentation, die uns von besonderem Interesse zu sein scheinen.

Dokument 5a: Die Stadtverordnetenversammlung vom 19.April 1933 beschließt einstimmig die Ehrenbürgerrechte für Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler.

Recklinghausen, den 19. April 1933. D 5a

In der heutigen Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung,

an welcher 36 Mitglieder teilgenommen haben, wurde folgender Beschluß gefaßt:

Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg und den Herrn Reichskanzler Adolf Hitler.

Der Antrag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei,

den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg und den Reichskanzler Adolf Hitler

wegen ihrer Verdienste um Volk und Vaterland zu

Ehrenbürgern der Stadt Recklinghausen

zu ernennen, findet einstimmige Annahme.

Es liegt damit ein übereinstimmender Beschluß beider Körperschaften vor, da die Mitglieder des Magistrats gemäß der Erklärung des Oberbürgermeisters mündlich ihre Zustimmung erteilt haben.

Der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher werden beauftragt, folgende Telegramme sofort aufzugeben:

„An den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg

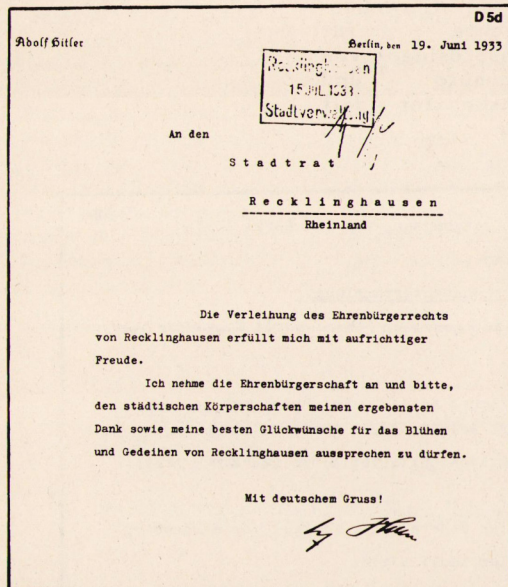
Berlin.

Die städtischen Körperschaften haben heute einstimmig beschlossen, Ihnen, sehr verehrter Herr Reichspräsident, als dem großen Führer und getreuen Eckart des deutschen Volkes in Krieg und in Frieden das Ehrenbürgerrecht der Stadt Recklinghausen zu verleihen. Indem wir hiervon ehrerbietigst Mitteilung machen, bitten wir um geneigte Annahme dieser Ehrung.

Oberbürgermeister

Stadtverordnetenvorsteher.

Dokument 5d:
Adolf Hitler an den
Stadtrat Reckling-
hausen



Dokument 5e:
Stadtrat stellt
richtig: Hitler war
nie Ehrenbürger (1984)

D 5e

Stadtrat stellt richtig: Hitler war nie Ehrenbürger

Weder Bürgerwunsch noch freie Entscheidung

RECKLINGHAUSEN. Adolf Hitler verliert eine Ehrenbürgerschaft nach der anderen. Nachdem in der vorigen Woche der Rat der Stadt Herne beschlossen hatte, dem „Führer“ die Ehrenbürgerrechte abzuerkennen, gab gestern der Stadtrat von Recklinghausen folgende Erklärung ab:

„Die Nazis haben am 19. 4. 1933 der Stadt Recklinghausen, wie in vielen anderen Fällen, Adolf Hitler als sogenannten „Ehrenbürger“ aufgezwungen. Dieser Entscheidung lag weder ein Bürgerwunsch und -wille noch die Entscheidung eines frei gewählten und unabhängigen Stadtparlaments zu Grunde.

Deshalb ist es richtig und logisch, daß sich alle demokratisch gewählten und legitimierte Räte der Stadt Recklinghausen nach 1945 bis heute auf den Standpunkt gestellt haben,

daß Adolf Hitler nie rechters Ehrenbürger von Recklinghausen war.

Wer nicht rechters Ehrenbürger war, dem kann und braucht auch 39 Jahre nach seinem Tode eine Ehrenbürgerschaft nicht abgesprochen werden. Der Rat der Stadt Recklinghausen stellt deshalb in seiner letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode fest, daß ein Verbrecher wie Adolf Hitler nie Ehrenbürger von Recklinghausen war und deshalb auch nicht in der Liste der Ehrenbürger unserer Stadt geführt wird.“



Kommentar:

Die Begründung der Stadt Recklinghausen, mit der sie es **ablehnt**, Hitler die Ehrenbürgerschaft **abzuerkennen** (wie dies in einer Reihe anderer Städte geschehen ist), ist von hoher Qualität:

Der Stadtrat: „Dieser Entscheidung (Hitler zum Ehrenbürger zu machen) lag weder ein Bürgerwunsch und -wille noch die Entscheidung eines frei gewählten und unabhängigen Stadtparlamentes zugrunde.“

Nur, die Stadtverordnetenwahl vom 12. März 1933 hatte für die NSDAP 18 Sitze, für die SPD 4 Sitze, für die KPD 6 Sitze, für das Zentrum 13 Sitze ergeben. Bei den Reichstagswahlen vom 5.3.33 hatten die Nazis in Recklinghausen immerhin 34,1% der Stimmen erhalten (Reichsdurchschnitt 43,9%).

Es gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz dazu, die Tatsache zu leugnen, daß die Faschisten in Recklinghausen sehr wohl von einer großen Zahl von Bürgern „gewünscht“ worden sind. Kommt hinzu, daß der

Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 19.4.33 einstimmig war - haben also auch die damaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten diesem Beschluß zugestimmt - die Kommunisten konnten nicht, sie waren schon verboten.

Zusätzliche Brisanz erhält die Haltung des Recklinghäuser Stadtrates von 1984 dadurch, daß in der offiziellen Rechtsprechung der Bundesrepublik die „Rechtsordnung“ des III. Reiches keineswegs als „illegal“ bezeichnet wird, weshalb ja auch bis heute kein einziger Nazirichter vor Gericht gestellt wurde.

Nun könnte man ja meinen, daß die Stadt Recklinghausen sich mutig an die Spitze der Bewegung stellt, die dem Faschismus grundlegend die demokratische Legitimierung abspricht, aber weit gefehlt: Geht es darum, Naziaufmärschen wie dem Skinheadtreffen 1987 ein Verbot zu erteilen, sind sich die Stadtvertreter einig: hier fehle angeblich die juri-

stische Grundlage. So kommt man zu dem Fazit, daß es jeweils die politische Opportunität ist, die den Recklinghäuser Stadtrat zu solch unterschiedlichen Stellungnahmen gegenüber dem Faschismus nötigen.

Welchen Grund aber mögen sie gehabt haben, die Ehrenbürgerschaft Hitlers nicht offiziell abzuerkennen?

Die Dokumente zum Tod von Albert Funk (11c,d) sind besonders beeindruckend. Nicht nur, weil sie schlaglichtartig die besondere Bestialität des Faschismus gegenüber seinen Gegnern deutlich machen, vielmehr dokumentiert der Artikel „Kommunistische Propaganda vor Gericht“ auch, wie sehr zur damaligen Zeit, nämlich 1949, Antikommunismus herrschte: So heißt es an einer Stelle:

„Noch weniger als am Dienstag machen einige Zeugen aus ihrer kommunistischen Einstellung ein Hehl. Über ihre eigene illegale Tätigkeit gehen sie mit einer Miene hinweg, als ob sie kein Wasserchen trüben könnten.“

Albert Funk (am 15.10.1894 in Zwickau geboren, am 27.4.1933 in Recklinghausen ermordet) war ein Bergmannssohn aus einer sozialdemokratischen Familie. Er wurde ebenfalls Bergmann, trat der Arbeiterjugendbewegung bei und wurde Funktionär des deutschen Bergarbeiterverbandes. In der Novemberrevolution 1918 war er Vorsitzender eines Arbeiterrates in Ahlen (Westfalen). Gegen die Kapp-Putschisten beteiligte er sich im bewaffneten Kampf und wurde deshalb nach der Niederlage Kapps in Haft genommen. Nach einer Amnestie für fast alle Beteiligten trat Funk der KPD bei. Im Jahre 1928 wurde er als Leiter des KPD-Unterbezirks Hamm und als Mitglied der Bezirksleitung Ruhrgebiet bei Arbeitskämpfen bekannt. Seit 1929 war er hauptamtlicher Funktionär der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Von 1930 bis 1932 gehörte er als Abgeordneter dem Reichstag an. Nachdem ihn reformistische sozialdemokratische Funktionäre aus dem Deutschen Bergarbeiterverband ausgeschlossen hatten, gründete er zusammen mit anderen Kollegen, die in Opposition zu den rechten Gewerkschaftsführern standen, 1930 den Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands und wurde 1931 dessen Vorsitzender. Seit 1932 leitete er den Unterbezirk der KPD in Dortmund. Dort verhaftete ihn die Geheime Staatspolizei am 16. April 1933. Die Gestapo-Beamten in Recklinghausen trieben ihn durch Folterungen dazu, sich aus dem Fenster des Polizeipräsidiums zu stürzen.



D 11d (1949)

Kommunistische Propaganda vor Gericht

Zwischenfall im Tenholt-Prozeß / Zeugenbericht über Fenstersturz
Von unserem C.S.-Redaktionsmitglied

Recklinghausen, 4. Okt. Im Tenholt-Prozeß marschierten am dritten Tage 17 Zeugen auf, die außer über ihre eigenen Mißhandlungen etwas über die Fenstersprünge der Kommunisten Funk (Dortmund) und Vörding (Coesfeld) wissen. Es geht darum, ob ein innerer Zusammenhang zwischen der Tätigkeit Tenholts und diesen Verzuwelfungen besteht. Der Nachweis dürfte erbracht sein, sobald feststeht, daß Tenholt den Prügelleien beteiligt war, die den Fensterstürzen unmittelbar vorausgingen. Das Mosaikbild der Zeugenaussagen läßt darüber wenig Zweifel.

Der Reichstagsabgeordnete Funk war KPD-Bezirksleiter in Dortmund. Nach seiner Verhaftung soll er mehrfach vernommen worden sein. Zwischen den Vernehmungen mußte er, wie die anderen, im Flur stehen, Gesicht gegen die Wand. In einem unbewachten Augenblick kehrte er sich um, lief den Gang entlang und ging im Hechtsprung durch das Fenster.

„Gemeine Ausdrucksweise“

Ein Zeuge, der neben Funk gestanden hatte, lief hinter ihm her und versuchte, ihn an den Füßen zu halten, schaffte es jedoch nicht mehr. Der Sturz vom vierten Stockwerk ließ Funk trotzdem am Leben. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht und starb dort. Für eine von Frau Funk später geäußerte Vermutung, er hätte sich erhängt und sei von Tenholt erwürgt worden, gibt es keinen Beweis.

Ein Polizeiberaterspektor, der 1933 im Polizeipräsidium als Hauptwachmeister Dienst tat, ist gleich auf den Hof gegangen und hat den Eindruck eines Sterbenden gehabt. Dann kam Tenholt angelaufen und stieß Funk mit dem Fuß. Ist der Lump noch nicht tot? Derselbe Zeuge bestätigt, was auch sonst ausgesagt wird, die gemeine Ausdrucksweise Tenholts.

Noch weniger als am Dienstag machen einige Zeugen aus ihrer kommunistischen Einstellung ein Hehl. Ueber ihre eigene illegale Tätigkeit gehen sie mit einer Miene hinweg, als ob sie kein Wasserchen trüben könnten. Die Verteidigung legt gleich dem ersten Zeugen ein Photo vor, auf dem die Waffenfunde des Kreises Coesfeld ab-

gebildet sind. Der Zeuge schüttelt erstaunt den Kopf und kann so etwas gar nicht fassen, obwohl er sich selbst als politischer Leiter der KPD in Dülmen bezeichnet hat. Der folgende Zeuge erzählt ausführlich von dem Spezialpapier, das, wenn man es verschluckt, sofort im Magen zergeht. Wir gebrauchten dieses Papier um die Adressen aufzuschreiben.

Angriff gegen den Verteidiger

Zu einem Zwischenfall führt die Vernehmung des Angestellten Bräuer (der am Montag der Verhandlung beigewohnt hat, was nicht zulässig ist). In guter Ausdrucksweise schildert er seine Erlebnisse und belastet Tenholt aufs schwerste, wobei er wesentlich über seine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen hinausgeht. Er will bei Funks zweiter Vernehmung dabei gewesen sein und meint, „daß Tenholt um Funk herumkreiste wie ein Tier, um Funk einzuschüchtern“. Tenholt behauptete dagegen, Funk nicht vernommen zu haben; der Selbstmord sei ihm zuvorgekommen.

Am Schluß seiner Rede greift Bräuer den (zufällig nicht im Lokal anwesenden) Rechtsanwalt Borchmeyer an und nennt ihn „Hintermann“ Tenholts, weil er damals auf dem Recklinghäuser Marktplatz eine Rede gegen die Kommunisten gehalten und die sich bildende sozialistisch-kommunistische Einheitsfront „auszurotten“ verlangt habe.

Nach der Pause verwarht sich der angegriffene Verteidiger dagegen, daß Zeugenaussagen in Propagandareden entarteten. Bräuer habe sich vermessene, ihn als geistigen Mitschuldigen zu bezeichnen. Der Anwalt lehnte es ab, sich mit dem Vertreter einer Partei auseinanderzusetzen, deren Wirken in der Ostzone uns zur Genüge bekannt ist. 1933 sei wegen seiner Reden gegen den Nationalsozialismus ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden. Er sei einer der ersten gewesen, die in Recklinghausen die Gestapo vorgeladen habe, er habe ein Redeverbot bekommen und SA-Posten vor sein Büro. „Ich habe diesen Tag herbeigesehnt — aber es ist fast unerträglich, wie eine Gerichtsverhandlung zu einer parteipolitischen Propaganda mißbraucht wird.“

Der Vorsitzende verachtete daraufhin, dieser Propagandarede eine abwachende Deutung zu geben.

Von 12 Zeugen, die gegen Ende der Sitzung verurteilt wurden, leistete keiner den Eid in religiöser Form.

Rechtsanwälten gebraucht wurde. Bei Ihnen gibt es vielleicht die Entschuldigung, daß sie die Haut ihrer Klienten reiten wollten und im Falle Stosch sollte noch etwas mehr gereizt werden. Wenn jedoch eine „demokratische“ Zeitung in dasselbe Horn bläst, um mit diesem Mittel die Taten der ehemaligen Feinde des Volkes zu bagatelisieren versucht, so ist das bezeichnend.

„Kommunistische Propaganda vor Gericht“

...schrieben die Ruhrnachrichten, das Blatt der CDU, um den Ausführungen des Rechtsanwalts Borchmeyer — der einige Male behauptete, die Verhandlung Tenholt-Stosch werde zu parteipolitischer Propaganda mißbraucht — das nötige Gewicht zu verleihen. Es ist bezeichnend für dieses Blatt, daß es abschließend zum Prozeß schrieb: „Männer wie Graf Stosch gehören auf keine Anklagebank. Für sie gibt es, damit wir weiter aufbauen können, nur eins: die Amnestie. Denn soweit sie irren, haben sie gesündigt.“

Ritterlich ist, wenn man gerade steht

Wir glauben, hier irren die Kreise, deren Meinung das Organ der CDU zu vertreten hat. Zwar konnte dem Grafen Stosch nicht nachgewiesen werden, daß er selber schlug. Wir sind sogar objektiv genug, um zu glauben, daß er es wirklich nicht tat. Wir wissen aber auch, daß man z. B. Hitler nicht nachsagen kann, daß er mit eigener Hand Häftlinge mißhandelte und doch — das weiß heute jedes Kind —, war er verantwortlich für das, was seit 1933 in Deutschland passierte. Und Graf Stosch? Nun, er war der Leiter der Gestapoleitstelle, der zwar nicht schlug, in dessen Verantwortungsbereich und in dessen unmittelbarer Nähe jedoch Menschen auf das furchtbarste mißhandelt und für die KZ's, das Zuchthaus oder das Grab fertig gemacht wurden. Sein Selbstlob, er habe sich stets ritterlich verhalten, könnten höchstens die Opfer für sich in Anspruch nehmen, die alles einsetzten und ertrugen, um das deutsche Volk vor einer Katastrophe zu bewahren.

Beziehungen waren in Ordnung

Wir stellen jedenfalls fest, daß Graf Stosch auf Grund seiner guten Beziehungen zu dem damaligen Gauleiter Meyer eine Reihe von Beförderungen und beruflichen Erfolgen zu verzeichnen hatte, die für einen „ritterlichen Nazigegner“ alles besagen. Wir stellen weiter fest, daß man es Tenholt als Milderungsgrund anrechnete, daß er bis 1933 ein guter Beamter gewesen sei. Ohne an die Affäre von 1927 zu erinnern, glauben wir, daß man einen Polizeibeamten, der als Polizeioffizier hervorragend am Kapp-Putsch gegen die Regierung teilnahm, der seit 1931 einer Partei angehörte, deren Aufgabe darin

Die Verteidigung legt gleich dem ersten Zeugen ein Foto vor, auf dem die Waffenfunde des Kreises Coesfeld abgebildet sind. Der Zeuge schüttelt erstaunt den Kopf und kann so etwas gar nicht fassen, obwohl er sich selbst als „politischer Leiter der KPD in Dülmen“ bezeichnet hat.“
Bruchlos wird aus dem Bekenntnis zum Kommu-

nismus auf das Zusammenstellen von angeblichen geheimen Waffenlagern geschlossen.

schrecklicher Einfachheit:
Eine Schülerin hat ihre Lehrerin denunziert, weil diese verboten hatte, das

Und zum Schluß noch ein Dokument von besonderer Eindringlichkeit:
Neben einer Reihe abgedruckter Bekenntnisbriefe ist dies Beispiel des sicher verbreiteten Denunziantentums von

Nazilied „Deutschland erwache“ zu singen. Wir wissen nicht, in welcher Form die Lehrerin damals gemäßregelt wurde.

D 13c

Recklinghausen, den 27. Juni 1933.

Der Polizeipräsident
in Recklinghausen.

Recklinghausen, den 27. 6. 1933

Polizeibeamt. XXXXXXXXXXXXXXX
5. Kriminal-Kommissariat
8. Polizei-Revier
Tageb.-Nr. 152

Anzeige gegen

- 1. die Lehrerin Frä. Jelisch, Recklinghausen, Elisabethstr. 3/2, wohnhaft
- 2.
- 3.
- 4.

Die Lehrerin Frä. Jelisch, hier, in der Feldschule tätig, hat am 22.6.33 ihren SchülerInnen das Lied „Deutschland erwache“, das von der nationalen Bewegung herausgegeben wurde, in der geschlossenen Abteilung und in der Schule verboten, zu singen.

Die Anzeige beruht auf Angaben der

Stratfat: Entgegenarbeiten der natl. Bewegung.

in anl. Verhandlung unterzeichneten Schülerin.

Wann begangen? 22. Juni 1933

Polizeihauptwachmeister.

Tatort: Recklinghausen

Gegenstand und Wert:

1. Rev. Recklinghausen am 27. 6. 33

Geschädigter:

I. Rev. Recklinghausen
L. W. Müller
Polke

Interview

Margarete T., Jahrgang 1921, war schon früh Mitglied des Bundes Deutscher Mädchen, BDM, da sie in einem nationalsozialistischen Elternhaus aufwuchs, und damit zur Zeit der Pogromnacht 17 Jahre alt.

ANTIFAZ: Erzähle uns doch bitte, was Dir in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1938 und danach aufgefallen ist.

M.T.: Aufgefallen ist mir folgendes: Es waren auf der Kunibertstraße jüdische Metzger, denen haben sie die Fensterscheiben eingeschlagen und die Würste auf die Straße geworfen. Unter anderem stand an den Geschäften der Juden: „Kauft nicht bei Juden!“

ANTIFAZ: Hast Du auch gemerkt, daß die Synagoge gebrannt hat?

M.T.: Ja, es war ein ganz großes Feuer, wir haben von unserer Wohnung aus die Synagoge brennen sehen. Ich wußte, daß das die Synagoge war, weil diese an der Limperstraße stand. Wir wohnten damals an der Münsterstraße und sahen die Flammen hochschlagen.

ANTIFAZ: Wie wurde der Brand in Deinem Bekanntenkreis aufgenommen?

M.T.: Die, die in der Partei waren, haben das begrüßt, denn die haben immer gesagt: „Die Juden müssen raus, und die Synagoge muß verbrannt werden.“ Das wurde schon vor dem 8. November gefordert.

ANTIFAZ: Wußtet Ihr damals, wer die Synagoge angesteckt hatte, wer die Fensterscheiben eingeworfen hat?

M.T.: Das waren SA-Leute. Man sah sie durch die Straßen eilen in ihren braunen Uniformen, mit Koppel, und am Arm das rote Band mit Hakenkreuz.

ANTIFAZ: Hattest Du den Eindruck, daß auch viele Menschen aus der Bevölkerung mitgemacht haben?

M.T.: Ich möchte wohl sagen, daß es überwiegend die SA-Leute waren, Privatleute haben daran nicht teilgenommen.

Zeitzeugen schildern ihre Eindrücke

ANTIFAZ: Nach 1938 sind sämtliche Juden aus Recklinghausen deportiert worden. Ist Euch das überhaupt nicht aufgefallen?

M.T.: Wir wohnten an der Münsterstraße



und hatten dort ein Delikatwarengeschäft. Gegenüber war ein Hutgeschäft, „Pinkus“. Margarete Pinkus war meine gute Freundin. Ich wußte, daß sie Jüdin war, aber ich habe immer mit ihr gespielt. Eines Tages sagte sie zu mir: „Margret, morgen sind wir nicht mehr hier.“ Ich antwortete: „Das kann doch nicht wahr sein, Ihr könnt doch nicht einfach weggehen.“ Am nächsten Tag war das Geschäft von SA-Leuten ausgeräumt worden und die Pinkus waren verschwunden. Ich weiß nicht, ob sie deportiert wurden oder ob sie nach Amerika auswandern konnten. Soweit ich mich erinnern kann, war das am 15. November 1938.

ANTIFAZ: Erinnerst Du Dich noch an weitere Geschäfte von Juden, die dann später von sogenannten Ariern übernommen wurden?

M.T.: Es gab auf der Breiten Straße ein Textilgeschäft „Arlsberg“. Das Geschäft wurde von der Firma Weiser übernommen. Weiter hatte die Firma „Althoff“ einen jüdischen Geschäftsführer, der hatte eine deutsche Frau geheiratet, war dann zum christlichen Glauben übergetreten, ist dann aber 1938 nach Amerika ausgewandert.

ANTIFAZ: Wie sah denn zur Zeit des III. Reiches das alltägliche Auftreten der Nazis in Recklinghausen aus?

M.T.: Es gab immer wieder Aufmärsche der SA, SS und der Partei. Die zogen durch die Stadt, vom Lohtor über die Wälle bis zum Bahnhof. Ich erinnere mich besonders an die Aufmärsche am 1. Mai 1933, da zogen wir zur Hillerheide zu einer Großkundgebung, dort sprach der Reichsjugendführer Baldur von Schirach, da waren die Hitlerjugend, der BDM, die SA und die SS sowie die Parteiorganisationen aufmarschiert. Im ganzen Stadtbild herrschten Transparente: an der Münsterstraße von einer Straßenseite zur anderen: „Wählt die NSDAP“, am Rathaus hingen

die Hakenkreuzfahnen und am 1. Mai mußte jeder eine Hakenkreuzfahne aus dem Fenster hängen.

ANTIFAZ: Was denkst Du, warum auch in Recklinghausen sehr viele Leute in die NSDAP eingetreten sind?

M.T.: Es gab ja 1928/29 eine riesige Arbeitslosigkeit. Adolf Hitler hatte ihnen Arbeit und Brot versprochen, des-

halb gingen alle mit fliegenden Fahnen in die NSDAP, um eine Arbeit zu bekommen. Sie hatten Hunger gelitten und oft viele Kinder, die sie nicht ernähren konnten. Sie haben alle Arbeit bekommen, Hitler bezahlte auch denen, die heiraten wollten, ein sogenanntes Ehestandsdarlehen. Die Jungverheirateten bekamen 1000 Mark, um einen Hausstand zu gründen, als Darlehen vom Staat. Für jedes Kind, das geboren wurde, wurden 20 Mark abgezogen, die man nicht mehr zurückzahlen mußte. Bei fünf Kindern war das Darlehen „abbezahlt“.

ANTIFAZ: Offensichtlich waren die Nazis an vielen Kindern interessiert. Was meinst Du, warum?

M.T.: Hitler brauchte Soldaten für seinen Krieg, den er immer schon geplant hatte.



BDM-Mädchen überreicht Propagandaminister Joseph Goebbels einen Teller Erde

Wilhelm T., Jahrgang 1915, stammt aus einer Bergarbeiterfamilie, ist antifaschistisch erzogen worden und war zur Zeit der Reichspogromnacht bei der Reichswehr.

AntifaZ: Wie hast Du den 8. und 9. November 1938 erlebt?

W.T.: Ich war damals Soldat beim 15. Reiterregiment in Neuhaus bei Paderborn. Ich habe die Ereignisse deshalb in besonderer Erinnerung, weil ich an dem Tag Wache hatte und eigentlich vorhatte, danach am Abend mit Kameraden ins Kino zu gehen. Als wir um 18 Uhr unsere Wache beendet hatten, hörten wir es scheppern und knallen, und Glas splitterte. Wir haben uns zuerst gefragt, was ist überhaupt los, wir hatten ja keine Ahnung, was da überhaupt vor sich ging. Dann sind wir bis auf die Hauptstraße gegangen, die ja in Paderborn immer noch Hauptstraße heißt, und sahen dann, wie eine riesige braune Meute auf der Straße rumtobte.

AntifaZ: Wer war diese „braune Meute“?

W.T.: Natürlich die SA. Der Haufen, der im III. Reich die „Dreckarbeit“ machen mußte, war immer die SA. Wir sahen, wie da Fensterscheiben zu Bruch gingen und Berge von Schmuck auf die Straße geschmissen wurden, und andere dann gleich wie wilde Tiere gierig darüber herfielen und sich die Manteltaschen füllten, bis da nichts mehr reinging. Es wurde regelrecht geplündert.

AnifaZ: Sind auch Menschen in Mitleidenschaft gezogen worden?

W.T.: Das war das Trauerspiel. Wir hatten uns abgewendet, weil wir das wirklich schon nicht mehr sehen konnten. Am Marienplatz stand so ein kleiner Lastwagen. Dort wurden Leute eingeladen, die wurden da reingepfercht. Zivilisten waren kaum zu sehen, die wollten mit dieser Sache nichts zu tun haben. Wenn man versuchte, mal irgendwie ein Wort dagegen zu sagen, wurde einem, auch wenn man Uniform anhatte, gleich zur Antwort gegeben: „Halt die Schnauze, sonst bist Du gleich auch mit hier drin.“

AntifaZ.: Habt Ihr nach diesem Ge-

schehen unter den Kameraden noch darüber gesprochen?

W.T.: Wir haben uns dann am Abend, uns war die Lust auf Kino absolut vergangen, in der Kantine regelrecht einen angestäuelt, wir hatten ja frei bis zum nächsten Morgen. Ich werde nie eine Situation in dieser Nacht vergessen, als wir dann so zu vorgerückter Stunde und alkoholischer Stimmung unserem ganzen Unmut Luft gemacht haben. Da klopfte mir jemand auf die Schulter und sagte: „Herr T., zügeln sie Ihre Zunge, das könnte Sie teuer zu stehen kommen.“ Ich entsinne mich, daß ich damals sinngemäß gesagt habe: „Für diese Aktion, die da heute passiert ist, werden wir eines Tages noch tausendfach bezahlen.“



Das Plakat will suggerieren, daß England und die Sowjetunion gegen das schon unter deutscher faschistischer Herrschaft befindliche Europa vorgewollten, weil sie von den Juden beherrscht seien.

AnifaZ: Erinnerst Du Dich, wie am anderen Tag in den Paderborner Zeitungen über diese Aktion berichtet wurde?

W.T.: In den Zeitungen stand in großen Lettern „Spontane Volkserhebung als Antwort auf den brutalen Mord an von Rath in Paris“. Aber spontan war da gar nichts. Das kann nur organisiert gewesen sein. Außer der uniformierten SA

war niemand, aber auch wirklich nicht einer von den Zivilisten auf der Straße. Das waren nur Braununiformierte. Die SS hatte ja ihre schwarze Uniform, von denen war keiner dabei. Das hat natürlich jeder erkannt, daß die Zeitungsmeldungen erlogen waren, daß hier etwas angezettelt worden war. Vor dem Ausland wollte man irgendwie bestehen können.



Die SA (Sturmabteilung)

Aufmarsch der SA, 1932

AntifaZ: Welche Bedeutung hat diese Reichspogromnacht gehabt?

W.T.: Das war der Auftakt zu einer noch brutaleren Verfolgung der Juden. Von da an ging das erst richtig los. Danach wurden jüdische Geschäfte boykottiert, bzw. Leute, die dort einkaufte, wurden aufgesucht und massiv unter Druck gesetzt.

AntifaZ: Hast Du später noch weitere Beobachtungen über das Schicksal von Juden in Recklinghausen gemacht?

W.T.: Ich war ja Soldat und habe über das Schicksal der Juden in Recklinghausen nie etwas mitbekommen. Ich habe nur einen Juden, den Herbert Israel, gekannt. Irgendwann im Urlaub wollte ich den mal besuchen, da war er nicht mehr da und auf Fragen, wo er geblieben war,

hat man einfach keine Antwort bekommen. Aufgefallen ist mir natürlich, daß in Recklinghausen-Süd alle jüdischen Geschäfte, und es gab da bestimmt ein halbes Dutzend, verschwunden waren; da prangten plötzlich deutsche Namen dran. Da gab es zum Beispiel die „EPA“, daraus war plötzlich Kaufhaus Becker geworden - EPA hieß Einheitspreis AG.

AntifaZ: Was habt Ihr denn vermutet, wo die Juden geblieben sind?

W.T.: Nun, da hieß es oft, die sind sicher alle im KZ, aber es waren ja auch ganz andere Vorstellungen von KZ vorhanden, nämlich als ‚Umerziehungslager‘. So wurden sie in der Presse ja dauernd hingestellt, wo man Kommunisten, Sozialisten, usw. zu Nationalsozialisten umerziehen wollte.

AntifaZ: Woran merkte man eigentlich, daß die Nazis an der Macht waren?

W.T.: Das ist bis in den kleinsten Ortsteil hin deutlich geworden. Die Leute, die irgendwie Funktionsträger waren, die haben von Anfang an einen derartig harschen Ton gehabt, der jeden Menschen sofort eingeschüchtert hat. So was hatte man bis dato nicht gekannt.

Der kleine Blockwart und der kleine Ortsgruppenleiter, die kamen sich wie Könige vor. Wenn ich an einen Harry Siedow denke, obwohl ich den gut gekannt habe, dann hieß es, wenn du nur ein Wort zuviel gesagt hattest: „Pass mal ganz schön auf, sonst bin ich leider gezwungen, Meldung zu machen, und dann bist Du reif“. So wurden die Leute eingeschüchtert. Das ganze System basierte doch nur auf Einschüchterung. Wenn die ihre Umzüge mit Fahnen machten, dann warst Du gezwungen, dann mußtest Du die Hand zum „deutschen“ Gruß heben. Wir haben bloß immer schnell die Platte geputzt, wenn man irgendwie 'ne Fahne von weitem sah.



Boycott gegen jüdische Geschäftsleute, 1933

AntifaZ: Weißt Du auch irgendetwas über Nazigegner, die in Mitleidenschaft gezogen wurden?

W.T.: Es gab ja in Recklinghausen eine ganze Menge von Leuten, die Nazigegner waren, ich habe einige von ihnen persönlich gekannt. Wenn ich an Gottlieb Roman denke, den Gärtner, wie grausam der zusammengeschlagen worden ist, oder an Oswald Schlaffke. Die sind ja hier in Recklinghausen im Gestapo-Keller, in den sogenannten Polizeikasernen am Beisingerweg zusammengeschlagen worden.

AntifaZ: Und warum sind Deiner Meinung nach auch in Recklinghausen eine ganze Reihe von Leuten in die NSDAP eingetreten?

W.T.: Die Nazis hatten doch die besten Voraussetzungen gehabt. Über sechs Millionen Arbeitslose, und davon Leute mit vielen Kindern, die meisten hatten ja fünf Kinder oder mehr. Wenn dann einer 4 oder 5 Jahre arbeitslos war, und dann kommt einer an und verspricht ihm wer weiß was. Als die Nazis an der Macht waren, wurde tatsächlich auch vielen aus der größten Not geholfen, und daran liegt es auch, daß so viele mit fliegenden Fahnen zu Hitler übergegangen sind. Da hat sich keiner Gedanken gemacht, was die Nazis wirklich wollten. Das passierte allerdings erst, nachdem die Nazis an der Macht waren. Vorher hatten die sich darum kaum gekümmert.

AntifaZ: Wie haben denn die Nazis die Arbeitslosigkeit beseitigt?

W.T.: Da wurden Notstandsarbeiten gemacht. Der Arbeitsdienst ist sofort ausgebaut worden, Landdienst wurde eingerichtet, da liefen viele Aktionen parallel. Die jungen Arbeiter wurden zum Landdienst und Arbeitsdienst eingezogen, deren Arbeitsplatz bekam dann der arbeitslose Familienvater mit sechs Kindern. Der Arbeitsdienst wurde zur Pflicht gemacht. 25 Pfennig war der Reinverdienst pro Stunde. Das war gleichzeitig vormilitärische Erziehung. Klar, der Familienvater, der jetzt Arbeit bekam, war natürlich zufrieden, aber die jungen Leute beim Arbeitsdienst oder Landdienst keineswegs.

Initiativkreis 9. November

Herne

Daß es auch anders laufen kann als in Recklinghausen, zeigen die Aktivitäten des Initiativkreises 9. November in Herne. Dort schlossen sich der Antifaschistische Arbeitskreis der SPD, die Demokratische Fraueninitiative, die DKP, Frauenkontaktstelle Yan-Yana/Gesellschaft freie Sozialarbeit, GEW, Falken und VVN/BdA zu einem gemeinsamen Aufruf zusammen. Neben einer großen Zahl von Veranstaltungen finden in Herne und Wanne-Eickel am 9. November ab 17 Uhr zwei Fackelzüge mit anschließenden Kundgebungen statt.

Bemerkenswert ist, daß in Herne und Wanne eine stärkere Einbeziehung der Schulen in die Gestaltung der Aktivitäten gelungen ist. So erstellen am 25.10. Schülerinnen des Pestalozzi-Gymnasiums eine Plakatwand zum Thema „Ausländerfeindlichkeit“ und es findet an der Gesamtschule Wanne am 24.10. das Theaterstück „Voll auf der Rolle“ statt. Am 26.

27.10. veranstalten Schüler ab der 10. Klasse eine Kunstaktion unter dem Motto „Annäherung an Auschwitz“.

Daneben werden in Anbindung an die städtischen Jugendfreizeithei-

me ‚historische Stadtspiele‘ an den Stätten von Verfolgung und Widerstand durchgeführt.

Eine ganze Reihe von Veranstaltungen betreffen das Thema Ausländerfeindlichkeit:

am 12.11. in den Flottmannhallen, am 19.11. im Kulturzentrum ein Türkisch-Kurdisches Solidaritätsfest und am 25.11. startet dann zum krönenden Abschluß im Revierpark Gysenberg „Rock it - Rock gegen Rechts“ mit Zero Zoom, Metamorphosis und Pankow-DDR.

Insgesamt ein einladenderes Programm als die Recklinghäuser ‚Feierlichkeiten‘.



Auschwitz.

AUFRUF ZUM 50. JAHRESTAG DER REICHS-POGROMNACHT IN HERNE

9. November 1938 - an diesem Tag brannten im gesamten Deutschen Reich, so auch in Wanne-Eickel und in Herne, die Synagogen, wurden jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüstet und geplündert, wurden jüdische Bürger verprügelt, ins KZ geschleppt und ermordet.

Vorangegangen waren ab 1933 die Zerschlagung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die Einrichtung der ersten KZs. Vorangegangen waren die (Selbst-)Auflösung der bürgerlichen Parteien, die "Gleichschaltung" sämtlicher gesellschaftlicher Gruppen. Vorangegangen waren die Bücherverbrennungen in den Universitätsstädten und auch in Herne und Wanne-Eickel.

Mit der Unterdrückung der politischen und kulturellen Opposition begann die Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung jüdischer Bürger bis zu jenem 9. November 1938, als faschistische Brandstifter auf Anweisung der Reichsregierung und unter dem Schutz der Polizei die Synagogen zerstörten. Mit diesem staatlich organisierten Terror wurde ein weiterer Schritt zur grauenhaften "Endlösung" gemacht, der mit millionenfachen Morden in den Konzentrationslagern endete. Das Eigentum jüdischer Bürger fiel an "arische" Firmen, die dafür in Hitlers Kriegskasse einzahlten.

Von den etwa 800 Mitgliedern der jüdischen Gemeinden in Herne und Wanne-Eickel wurden mehr als die Hälfte von Nazis ermordet. Die übrigen konnten diesem Schicksal entgehen, da sie im Ausland Asyl fanden. Aus den faschistischen KZs sind nur ganz wenige zurückgekehrt. Heute müssen wir feststellen, daß wir des 50. Jahrestags der Reichspogromnacht ohne Beteiligung einer jüdischen Gemeinde gedenken müssen; sie existiert nicht mehr in Herne.

Mit der Reichspogromnacht sollte das deutsche Volk an die Brutalität und an Massenmorde gewöhnt werden - an den Krieg, den die Faschisten seit 1933 vorbereitet und den sie am 1. September 1939 vom Zaun brachen. Was mit Reichstagsbrand und Bücherverbrennungen begonnen hatte, fand mit dem Brand der Synagogen seine Fortsetzung und endete mit über 50 Millionen ermordeter, verbrannter Menschen und mit verbrannten Städten.

Viele der Schuldigen sind nicht verfolgt und bestraft worden. Einige konnten gar in der Bundesrepublik wieder Karriere machen. Die Familie Flick zum Beispiel, die für Hitler spendete und am Raub jüdischen Eigentums Millionen verdiente, kann fast 50 Jahre später Minister und Parteien bestechen. Heute werden selbst von "angesehenen" Historikern die Verbrechen der Nazis heruntergespielt oder gar geleugnet. Gleichzeitig nehmen Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit zu, konnten neofaschistische Gruppen erste Wahlerfolge erzielen.

Der Opfer der Reichspogromnacht gedenken heißt: Lehren ziehen. 1938 war es der staatlich gelenkte Haß auf die Juden, 1988 werden erneut AusländerInnen, Flüchtlinge, Andersdenkende, Aids-Kranke und andere Minderheiten diskriminiert und ausgegrenzt. Das gefährdet das friedliche Zusammenleben der Menschen bei uns und in der Welt und ist gegen Frieden und Demokratie gerichtet. Wir arbeiten gemeinsam dafür, daß solche Tendenzen sich nicht durchsetzen können. Deshalb fordern wir alle Hernerinnen und Herner auf, sich unter folgenden Forderungen an den zahlreichen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht zu beteiligen:

- Statt Kandidaturen faschistischer Parteien zuzulassen, den ausländischen MitbürgerInnen das kommunale Wahlrecht geben
- Keine Verschärfung des Ausländerrechts, wie von der Bundesregierung geplant
- Das Grundrecht auf Asyl einhalten und verteidigen. Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit entgegenreten
- Keine Räume und Plätze für neofaschistische Propaganda in Herne und anderswo
- FAP und alle anderen neofaschistischen Parteien und Gruppen sofort verbieten und auflösen.

Solidarität mit dem kurdischen Volk

Eine Veranstaltung, die nur ein halber Erfolg war

Angeichts der Tatsache, daß am 22.9. in Recklinghausen zum ersten Male eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kurdischen Volk stattfand, war die Teilnehmerzahl von 85 Menschen wohl ein Erfolg.

Verein, dem Frauenzentrum, dem türkischen Arbeiterverein, der Nicaragua-Gruppe und der Flüchtlingskoordination organisiert wurde, bleibt doch nur, von einem eingeschränkten Erfolg zu sprechen.

auffraffen. Grüne und JuSos hatten (pflichtgemäß?) jeweils nur einen Vertreter geschickt. Die Veranstaltung selber lief erfreulich ab, wenn auch mit einigen Längen, sodaß am Schluß, als die Resolution verabschiedet



Eine kurdische Tanzgruppe komplettierte das Bild, das verschiedene politische Gruppierungen und amnesty international auf einer ersten Aktionsveranstaltung „Kurdistan“ interessierten Recklinghäusern vermittelten.
Foto: Chulek

Berücksichtigt man aber, daß von den Anwesenden nur etwa 20 Deutsche, die übrigen Kurden, Türken, Syrer und Iraner waren, daß die Veranstaltung zudem gemeinsam von Antifaschistischem Bund, den Grünen, den JuSos, der Roten Hilfe, dem Deutsch-Türkischen

Trotz der in den vorausgegangenen Wochen erfolgten Berichterstattung über die brutale Vertreibung und Ausrottung der irakischen Kurden, selbst in bürgerlichen Medien, konnten sich einige Organisationen nicht zu einer erkennbaren Solidarität

wurde, schon Leute gegangen waren.

Ali Tuku von der Konföderation demokratischer Arbeitervereine Kurdistans berichtete anschaulich und beeindruckend über die Giftgasangriffe auf kurdische Dörfer durch das iraki-

sche Regime und **Parvis Scherschel**, (Iranerin, amnesty international) referierte über die geschichtliche Entwicklung des kurdischen Volkes und über seine Befreiungskämpfe. Sie hob hervor, daß die Kurden eines der ältesten Kulturvölker seien.

Geschildert wurde auch das Schicksal der ersten kurdischen Republik, die das kurdische Volk 1946 im Norden Irans gegründet hatte und in der zahlreiche fortschrittliche Errungenschaften, nicht zuletzt in Hinsicht auf die Stellung der Frau, zu verzeichnen gewesen waren.

In der Diskussion wurde vor allem deutlich, daß es ein großes Interesse gab, die Rolle westdeutscher Firmen im Irak zu klären. An Beispielen konnte gezeigt werden, daß westdeutsche Firmen den Krieg gegen die Kurden und auch die Produktion von Giftgas unterstützen und ermöglichen.

Im Anschluß begeisterte vor allem die Folklore-Tanzgruppe der kurdischen Organisation KOMKAR die Anwesenden. Auch den bekannten kurdischen Sänger REZAN hatten die Freunde von KOMKAR mitgebracht. Spontan trug

dann noch ein weiterer kurdischer Sänger einige Lieder vor, sodaß ein breiter Ausschnitt kurdischer Kultur dargeboten wurde.

Zum Schluß wurde noch eine Protestresolution nach kurzer Diskussion mit einigen Ergänzungen einstimmig bei drei Enthaltungen verabschiedet. Erwähnenswert auch die Tatsache, daß auf der Veranstaltung die drei wesentlichen Organisationen Türkisch-Kurdistan nämlich KKDK, KOMKAR und FEYKA solidarisch miteinander diskutierten.

Kurdische Flüchtlinge in der Türkei

Gesellschaft für bedrohte Völker appelliert an den türkischen Staatspräsidenten Evren, internationalen Hilfsorganisationen den Zugang zu den Lagern zu gestatten.

Nach Informationen der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker hat sich die Situation der rund 100000 kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak in den türkischen Flüchtlingslagern dramatisch verschlechtert. Die Lager sind mittlerweile hermetisch abgeriegelt, Kontakte zwischen den Flüchtlingen und den ortsansässigen Kurden unterbunden worden. In dem 2000 Meter hoch gelegenen Lager Uzunsirt/Yüksekova in Hakkari gibt es nach Angaben des Lagerarztes bei nächtlichen Tiefstemperaturen von minus 15 Grad noch immer kein Brennmaterial. Die sanitären und ge-

sundheitlichen Verhältnisse in Uzunsirt seien katastrophal. Nahezu alle Kinder litten an lebensbedrohlichen Darm-erkrankungen und extremer Unterkühlung. Die Kindersterblichkeit sei von 20 Kindern am Tag Mitte September auf nahezu 40 am Tag gestiegen.

Der zuständige Arzt, Dr. Rustam Zeydan, appellierte am 15. Oktober dringend an die Gesellschaft für bedrohte Völker, sofort die internationalen Gremien zu alarmieren, ehe das Lager zu einer Todesfalle wird.

Der für das Lager Diyarbakir zuständige Dr. Sinan Seyfioglu schloß sich

dem Appell seines Kollegen an.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker appelliert angesichts dieser Lage und der am 14.10. erfolgten neuerlichen Schließung der iranischen Grenze erneut an den Bundespräsidenten von Weizsäcker und die Bundesregierung, jeden nur möglichen Druck auf die türkische Regierung auszuüben, um endlich internationale Hilfsorganisationen zu Nothilfemaßnahmen in den Flüchtlingslagern zuzulassen. Die Umsiedlung der Flüchtlinge in wärmere Gegenden der Türkei ist vor Wintereinbruch innerhalb der nächsten Tage dringend geboten.

ANZEIGE

Druckwerk.



druckwerk Satz- und Druckkollektiv

Wellinghofer Straße 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 431821

ANZEIGE

BUCHLADEN
TARANTA-BABU
Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1
Telefon (0231) 14 16 89

Blick nach

Essen 6.10.88

Am 24.9. fand das diesjährige Kulturfest im Rahmen der „Woche des ausländischen Mitbürgers“ in Essen statt, organisiert vom Ausländerbeirat und verschiedenen Organisationen ausländischer Arbeiter.

Die Essener Arbeitsgruppe der DGB-Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ verteilte ein Flugblatt, in dem es unter anderem hieß:

„Nachdem zunächst unser Schwerpunkt darin lag, gegen die alltägliche Ausländerfeindlichkeit einzuschreiten (Lokale, Geschäfte, etc), kämpfen wir jetzt eher um die rechtliche Gleichstellung ausländischer Mitbürger.

Die meisten von ihnen leben mehr als 10 Jahre hier, haben jedoch keinerlei politisches Mitentscheidungsrecht. Eine wesentliche Grundlage des Mitspracherechts ist das Wahlrecht für ausländische Mitbürger. Dieses zu erstreiten, ist momentan unser Hauptziel.“



Westberlin 22.9.88

Am 20.9.88 beabsichtigten die Republikaner auf einer Veranstaltung im Hotel Central in Tegel ihr Programm für die Abgeordnetenhauswahlen im Januar 1989 vorzustellen.

Ca. 80 bis 100 kurzfristig mobilisierte AntifaschistInnen verhinderten dies. Dem Geschäftsführer des Hotels, der zuerst unter keinen Umständen zu erreichen war, aber dann doch recht flott auftauchte, wurde mitgeteilt, daß wenn die Veranstaltung stattfindet, sich dies nachteilig für den Ruf seines Hotels in der Öffentlichkeit darstellen würde. Ca. 10 Minuten nach geplantem Veranstaltungsbeginn mußten die bis dahin unter massivem Polizeischutz (darunter wegen IWF anwesende Hamburger Polizei) eingekehrten ca. 15 Republikaner das Hotel wieder verlassen.



draußen

München 31.8.88



185 Asylbewerber leben mit 18 Kindern derzeit verteilt in 25 Umlandgemeinden Münchens. In den letzten zwei Jahren wurden nur acht von ihnen als Asylberechtigte anerkannt. Die Unterbringung erfolgt in von der Regierung Oberbayerns angemieteten Objekten, wie z.B. einer unrenovierten Villa in Höhenkirchen zum Quadratmeterpreis von DM 12.

Die Asylbewerber werden zum Teil zu „gemeinnützigen Arbeiten“ wie Arbeit im Bauhof Höhenkirchen für DM 3 pro Stunde, Schneeräumen oder Friedhofspflege herangezogen.

Hannover, 5.10.88

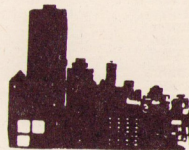
„Wenn es so weitergeht, gibt es Tote“. So feuert die „Neue Presse“ die Auseinandersetzung zwischen Skins und Türken an. Zu einem „Ritual“ wird erklärt, daß sich „verfeindete Gruppen“ (über 200 Beteiligte) an den Wochenenden 24./25.9. und 30.9./1.10. schwerbewaffnet stundenlang Schlachten liefern.

Die Presse mobilisiert förmlich und registriert das wachsende Publikum. Trotz einiger Festnahmen auch bei den Skins, geht das Konzept der Faschisten, welche die Auseinandersetzungen anzetteln, auf: immer mehr Festnahmen bei den türkischen Jugendlichen und autonomen AntifaschistInnen. Kühnens „Nationale Sammlung“ und Altfaschisten feiern die „deutschen Jungens“ an, wenn sie sich mit dem Schlachtruf „Ausländer raus“ formieren. Kritik des Rassismus findet sich in der Presse nirgends, dafür Unterstützung eines harten Vorgehens gegen „rivalisierende Gruppen“ und „sogenannte Antifaschisten“. Leider haben die Antifaschisten noch zu keinem gemeinsamen politischen Handeln gefunden und noch keine Gegenöffentlichkeit hergestellt.

Köln, 22.9.88

Vom 15. bis 18. September tagte der Ordensverband der Ritterkreuzträger (ODR) im Kölner Hotel Inter Conti. Gegen dieses Treffen hatte sich im Vorfeld ein breites Bündnis aus verschiedenen, dem antifaschistischen Forum Köln angehörenden, Gruppen gebildet, unter anderen Jusos, DFG/VK, Jugendclub Courage, VVN und AStA.

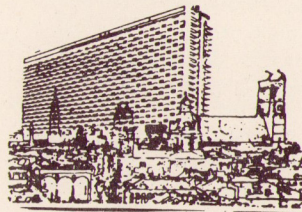
Während an den Vorbereitungstreffen noch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und 15 Leute teilnahmen, waren an den Gegenaktionen wie Mahnwache und Protestaufzug auf dem Südfriedhof anlässlich einer vom ODR veranstalteten „Heldengedenkfeier“ nur etwa 6 bis 8 Leute beteiligt. Während den Aktionen vor dem Hotel im Wesentlichen wenig Aufmerksamkeit - bis auf Gespräche mit Passanten und Verteilen von Informationsmaterial - geschenkt wurde, wurden die Altmilitaristen auf dem Friedhof ausfällig und bedrohten die wenigen erschienenen Demonstranten und fotografierten sie unter Polizeischutz.



München/Passau 18.9.88.

Rund 2500 AntifaschistInnen demonstrierten am 18. September in Passau gegen die Großkundgebung der DVU. An die 700 Polizei- und Bundesgrenzschutzbeamte hatten die Nibelungenhalle, in der das Treffen der DVU stattfand, hermetisch abriegelt. Bereits auf den Anfahrtswegen fanden Polizeikontrollen statt, was zur Verspätung einiger Demonstrationsteilnehmer führte. 21 AntifaschistInnen wurden festgenommen.

Die Demonstration endete mit einer Abschlußkundgebung, die "außerhalb der Wurfweite", rund 60 m von der Ni-



belungenhalle entfernt, stattfand.

Es redeten VertreterInnen der Grünen, der Jusos, der VVN und der Autonomen sowie ein Mitglied der KPI aus Bozen.

Gleichzeitig wurde der Haupteingang von Antifaschisten blockiert. Damit konnte die Veranstaltung zwar nicht verhindert werden, einige der Nazi mußten aber zumindest „Spießrutenlaufen“.

Noch während der Demonstration ging die Scheibe einer Bäckerei zu Bruch, hinter der mehrere seitenerkehrt aus Brotteig geflochtene Hakenkreuze ausgestellt waren.

Erstmalig haben in diesem Jahr die im Passauer Stadtrat vertretenen Parteien - CSU, SPD, FDP und Grüne - ein Passauer Bürgermanifest verabschiedet. Darin wird die DVU aufgefordert, „den Namen unserer Stadt nicht länger in die dumpfe Ecke ihrer rechtsextremen Aktivitäten zu ziehen“. Weiter fordert sie darin Bundesinnenminister Zimmermann auf, gegen die DVU genauso energisch vorzugehen, wie Bonn das einst ja erfolgreich gegen die sogenannte Sozialistische Reichspartei sowie gegen die KPD praktiziert hat. Im Vorfeld hatte die Stadt Passau versucht, der DVU die Halle zu verweigern, war aber vor dem Verwaltungsgericht der DVU unterlegen.

In der Nibelungenhalle trafen sich rund 2500 Faschisten, die Redner beschworen immer wieder die Zusammenarbeit von DVU und NPD. Beide Gruppierungen wollen nach den Europawahlen auch mit einer gemeinsamen Liste zu den bayerischen Kommunalwahlen antreten. Die deutschen Patrioten müßten zusammenhalten und sich darum bemühen, daß eines Tages das „Deutschlandlied“ auch vom Inhalt her wieder in der ersten Strophe stimme, forderte als „Gastredner“ Martin Mußgnug, Bundesvorsitzender der NPD.



Walsrode/Visselhövede 30.9.88

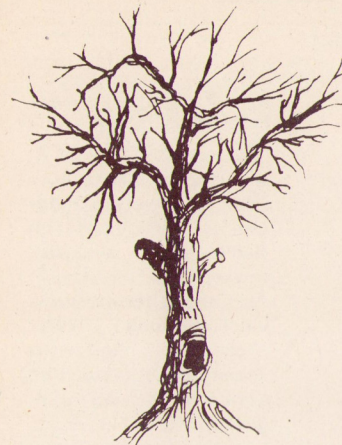
Auf dem Gelände des Motorradclubs Walsrode fand ein englisch-italienisches Motorradtreffen statt, an dem 25 Fahrer aus den verschiedenen Teilen Norddeutschlands teilnahmen. Die Gastgeber aus Visselhövede und Walsrode luden u.a. zu einer antimilitaristisch-antifaschistischen Motorradtour ein.

Auf dem Programm stand z.B. ein Marinefriedhof, auf dem 17- bis 23-Jährige begraben liegen, die getreu dem Befehl des Reichsführers-SS vom 12. April 1945 versuchten, ein Vordringen britischer Truppen zu verhindern. Gab es doch gerade in jenen Tagen Verhandlungen zwischen höchsten SS-Kreisen und der US-Regierung über einen „Bündniswechsel“ gegen die Sowjet-Union.

Es gab Erklärungen zu den gerade hier haufenweise vorhandenen militärischen Einrichtungen (Radar-Station, Sende-koordination, Nato-Verpflegungslager in Gebäuden eines Nazis, deutsche, britische, niederländische Kasernen, Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, etc.) und den militärischen Belastungen z.B. durch die Panzerschießbahnen.

Die Motorradfahrer besichtigten den „Kriegsgräberfriedhof Oerbke“ auf dem ehemaligen Stalag-Gelände, wo ca. 500000 Menschen, vorwiegend Sowjets, Polen, Jugoslawen elendig verreckten. Heute ist das Stalag-Gelände Teil des Truppenübungsplatzes. Interessant war auch, daß es in der ganzen Region, zwischen den großen Truppenübungsplätzen auch auf „zivilem“ Gebiet ein eigenes, nur von Militärs nutzbares Straßensystem gibt.

Für das nächste Jahr ist eine antimilitaristisch-antifaschistische Orientierungsfahrt geplant.



Lentförhden 28.8.88

Weitgehend unbemerkt von jeder Ge-öffentlichkeit konnte die faschistische Deutsche Volksunion (DVU) am 28.8.88 einen Landesverband Schleswig-Holstein gründen.

Anwesend war neben 200 Mitgliedern (laut Deutscher Wochenzeitung, 200 Gästen laut TAZ) der Vorsitzende Gerhard Frey selbst. Die Gründungsver-sammlung fand in Lentförhden (Kreis Segeberg) im Antifaschisten gut be-kannten „Tannenhof“ statt, einer Gast-stube, die dem NPDler Katzer gehört. Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde Robert Bathke gewählt, gegrün-det wurden auch die Kreisverbände Lübeck und Kiel. Die Versammlung wurde von einem Großaufgebot an Poli-zei geschützt, ferner organisierte die im Kreis Segeberg sehr aktive NPD ei-nen Ordnungsdienst. Die Gründung des Landesverbandes ist im Hinblick auf die Kandidatur der DVU/Liste D zu den Europawahlen zu sehen, unterstützt wird sie im Wahlkampf von der NPD. Landesweit soll der neugegründete Landesverband laut Frey 1500 Mitglie-der haben. Bundesweit gehören der DVU ca. 7000 an.

Daß es keinen antifaschistischen Pro- test gab, lag daran, daß keinerlei Infor- mationen vorlagen.

Nürnberg 2.10.88

Vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth findet derzeit einer der letzten Prozes- se gegen einen mutmaßlichen Naziver- brecher statt. Angeklagt wegen Mordes aus Rassenhass an zwei Juden sowie einem Mordversuch in der polnischen Stadt Wieliczka ist der ehemalige Poli- zeimeister Wilhelm Wegner. Im August 1942 wurden alle Juden der 17000 Ein- wohner zählenden Stadt in Vernich- tungs- und Arbeitslager deportiert. Der Angeklagte soll Juden, die sich dem widersetzt hatten, erschossen haben. Der Presseberichterstattung zufolge hält es die Staatsanwaltschaft für be- sonders verwerflich, daß Wegner „ohne Befehl gehandelt habe“.

Der Prozeß gegen den 82-Jährigen wur- de nur möglich, weil in zurückliegenden NS-Verfahren sein Name genannt wur- de und er dadurch unter Mordverdacht geriet.

Als 1977 Anklage erhoben wurde, be- stätigte ihm ein Arzt die Verhandlungs- unfähigkeit. Im Unterschied zu vielen anderen NS-Verfahren steht die Identität des Angeklagten fest. Wegner ver- teidigt sich vor allem mit „Erinnerungs- lücken“. In den kommenden Monaten sollen ihm überlebende Zeugen aus Is- rael gegenübergestellt werden. Wegner war als Polizist bis 1966 im fränkischen Markt Bibart tätig.

Hausarrest für türkische Mitbürger

In der dritten Oktoberwoche befand sich auf Einladung des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker der Exputschist und gegenwärtige türkische Staatspräsident Kenan Evren in der Bundesrepublik und Westberlin.

Schon bei seiner Ankunft war es auf dem Flughafen Frankfurt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern Evrens gekommen.

Am 18.10. demonstrierten etwa 1000 Kurden in Bonn gegen den Besuch des „Chefs der faschistischen türkischen Militärdiktatur“ und verwiesen auf die Massaker der türkischen Armee in den kurdischen Gebieten.

Auch Amnesty-International stellte eindringlich fest, daß „in der Türkei nach wie vor systematisch gefoltert“ würde.

Umso befremdender ist es, daß Kohl und jetzt auch Weizsäcker die „demokratische Entwicklung“ in der Türkei lobend hervorheben. Kohl kündigte an, die Bundesregierung werde im kommenden Jahr ein Abkommen über die Fortsetzung der Militärhilfe für den Zeitraum bis 1991 verlängern. In den Gesprächen zwischen Genscher und Evren ging es hauptsächlich um zukünftige Investitionen deutscher Firmen in der Türkei.

Beeilt sich die Bonner Führung auf der einen Seite, den türkischen

Putschistenführer zum „Demokraten“ hochzustilisieren, wird andererseits gegen seine Kritiker in der BRD mit massiven Mitteln vorgegangen.

So wurde vom bayerischen Innenministerium und auch von der SPD-regierten Stadt Köln eine unbekannte Zahl, mindestens aber 30, türkischer Mitbürger unter Arrest gestellt. Sie durften ihren Wohnort nicht verlassen und mußten sich dreimal täglich bei der Polizei melden.

Der Sprecher des bayerischen Innenministeriums, Alfons Metzger, bezeichnete die Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis als „normalen Vorgang“, der durch das Ausländerrecht abgedeckt sei.

Tatsächlich befinden sich im Ausländergesetz entsprechende Bestimmungen, wonach die einmal erteilte Aufenthaltserlaubnis nachträglich räumlich und zeitlich eingeschränkt (§7, Abs. 4) sowie die politische Betätigung untersagt werden kann, „wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ es erfordert. Ob sich eine „Gefahr tatsächlich realisieren läßt“, ist nicht Voraussetzung für den sofortigen Vollzug.

Der Entwurf des neuen Ausländergesetzes geht noch einen Schritt weiter. Danach müsse bei „Staatsbesuchen oder ähnlichen internationa-

len Ereignissen jedes mögliche Sicherheitsrisiko ausgeschlossen“

werden. Dazu kann Ausländern sogar ein anderer Aufenthaltsort im Bundesgebiet zugewiesen werden.

Angesichts der massiven Unterstützung Weizsäckers für den türkischen Staatspräsidenten kommentiert die „Tagesszeitung“:

„Während Bundespräsident von Weizsäcker vor einem Jahr bei der Entgegennahme des Atatürk-Preises in Ankara noch kritische Worte über die Menschenrechte im Lande fand, triumpht jetzt einzig die Staatsräson. Unwidersprochen kann Evren seine Kritiker im Ausland als Terroristen diffamieren, stoßen alle Appelle von amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen in Bonn auf taube Ohren. Selbst wenn hinter den Kulissen offener geredet wurde, für die Weltöffentlichkeit wurde in Bonn ein Putschist rehabilitiert. Dahinter steckt natürlich ein simples Kalkül. Angesichts von zwei Millionen türkischen Arbeitsimmigranten in der BRD und der türkischen Nato-Mitgliedschaft braucht die Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer Interessen gute Beziehungen zu Ankara.“ (Kurtuluş-taz19.10.88)

Eine bundesweite Demonstration gegen das kurzfristig abgesagte NPD-Treffen in Frankfurt bewegte sich am 15. Oktober als „mobiler“ Kessel durch die Stadt.

1000 Polizisten verwarndelten den Zug in einen mobilen Gefangenentransport. Für den ersten Kilometer benötigten die 2000 TeilnehmerInnen über eine halbe Stunde.

Schon im Vorfeld waren sechs Leute, weil sie angeblich Schlagstöcke und Tränengas mit sich führten, festgenommen. Man ließ sie erst am Sonntag frei.

Anfangs fuhr an der Spitze des Zuges ein Wasserwerfer, der erst nach mehrmaligem Verhandeln verschwand.

Sollte


damit makaber an den Tod Günter Sarés erinnert werden?

Das Ziel, die Polizei zum Abzug zu bewegen, wurde nicht erreicht. Dafür schlossen sich dem Zug weitere Teilnehmer einer Protestveranstaltung an: Jüdische Gemeinde, Gewerkschaften, evangelische und katholische Kirche und Jugendverbände hatten auf der Hauptwache zu einer eigenen Kundgebung aufgerufen. Als Sprecher dieses „Römerbündnisses“ forderte der hessische DGB-Vorsitzende Jungmann ein Verbot der rechtsextremen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP), die entgegen ihrer Ankündigung ebenfalls nicht in Erscheinung trat.

Pfarrer Herbert Leuninger wandte sich für „pro asyl“ gegen die NPD-Forderung, Frankfurt solle eine „deutsche“ Stadt werden.

Im weiteren Verlauf der Demonstration versuchten Polizeibeamte vor dem Merianplatz, einzelne Vermummte aus dem in geschlossenen Ketten marschierenden autonomen Block von annähernd 1000 Menschen herauszugreifen, was durch das entschiedene Auftreten der Demonstranten unmöglich gemacht wurde.

ANZEIGE



„Bücherladen“

unsere Themen von A-Z:

A usländer	R eonazismus	... und
B iologisches Bauen	Ö kologie	- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
C hemie in Lebensmitteln	P olitik	- Frauen- und Männerliteratur
D ritte Welt	R eisen	- Zeitschriften
E ntwicklungspolitik	S anfte Energien	- Plakate
F aschismus	T rampen	- Postkarten
G eschichte	U mweltschutz	- Umweltschutzpapier
H eilkräuter	V ollwerternährung	
J ndianer	W aldsterben	
K riegsgefahr	Y oga	
L iebe	Z ukunft	
M edien		

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Hochstr. 12
4370 Marl
(02365/ 13448) Schaut mal rein!

Schon im vergangenen Jahr war außer Plakaten mit wohlklingenden Parolen im Recklinghäuser Stadtgebiet, außer einer vereinzelt Diskussionsveranstaltung von einer solchen „Woche“ nichts zu entdecken.

Auch in diesem Jahr wäre es wohl ähnlich verlaufen von Seiten der offiziellen Veranstalter, Kirchen und Gewerkschaften nebst Kommunen, nur ein Plakat mit dem diesjährigen Motto „Gemeinsam leben - gemeinsam entscheiden“.

Trotz dieses hochherzigen Mottos nahmen Gewerkschaft, evangelische und katholische Kirche den Aufruf des „Ökumenischen Vorbereitungsausschusses“ nicht zur Kenntnis.

Den Initiativen und Organisationen der Recklinghäuser „Koordination für

ragua, Koordinationskreis für Flüchtlingsfragen, Rote Hilfe, Deutsch-Türkischer Verein und amnesty international locker zusammenarbeiten, brachte immerhin drei Veranstaltungen und einen Infostand zum 1.10., dem Tag des Flüchtlings, zustande.

Die Veranstaltungen waren mit 30-40 Menschen zwar nicht gerade mit Besuchern verwöhnt, aber ... ein kleiner Schritt in Richtung Verankerung von Forderungen nach politischen Rechten der ausländischen Mitbürger.

Die Woche wurde am Montag mit einer Zusammenkunft zum Thema „Neue Ausländergesetze“ eröffnet. Im Mittelpunkt der Woche am Mittwoch dann eine etwas stärker besuchte Diskussionsveranstaltung zum



DAS PODIUM: Mustafa Güleruz (Deutsch Türkischer Verein), Diskussionsleiter Martin Uphoff, Anita Wolschendorf (Grüne), Sozialpfarrer Christian Schröder, Hans-Jörg Bartsch (FDP) und der Niederländer Reint Jan Vos sprachen über das kommunale Ausländerwahlrecht.

„Internationale Solidarität und Menschenrechte“ blieb es überlassen, die Woche vom 25.9. bis 1.10. wenigstens einigermaßen mit Inhalt zu füllen. Diese Koordination, in der seit Mitte des Jahres der Türkische Arbeiterverein, Antifaschistischer Bund, Grüne, Jungsozialisten, GEW, Frauenzentrum, Förderkreis „Sebaco“/Nica-

„Kommunales Ausländerwahlrecht“. Hierbei waren immerhin Parteivertreter der Grünen, der SPD und der FDP anwesend. Der Stadtverbandsvorsitzende der CDU, Weise, hatte seine Absage diesmal auf recht pikante Art begründet: Da anzunehmen sei, daß ein Herr Tschentscher (Mitglied des Antifaschistischen Bundes

und der Redaktion dieser Zeitung) auf dieser Veranstaltung wieder durch seine „Fäkalsprache“ in Erscheinung träte, müsse man auf sein, Weises, Erscheinen leider verzichten!

Es entstand keine nicht zu füllende Lücke: Die Vertreter von SPD und FDP nahmen der CDU die Mühe ab, die Ablehnung politischer Gleichberechtigung von ausländischen Mitbürgern zu erläutern.

„Gemeinsam leben - gemeinsam entscheiden“ - Angesichts der Wirklichkeit ein blanker Hohn:

- die Wenderegierung geht bundesweit massiv gegen Flüchtlinge vor - durch neue Ausländergesetze sollen die ausländischen MitbürgerInnen noch rechtloser gemacht werden - ausländische Arbeiter sollen ‚bewegt‘ werden, in ihre Heimatländer zurückzukehren - man denke an das Rückkehrprogramm der Ruhrkohle AG für türkische Bergleute.

Auf der Veranstaltung war der Vertreter der SPD, Pfarrer Lübbermann, nicht in der Lage zu erläutern, warum die SPD auf Landesebene schon 1987 das kommunale Wahlrecht für Ausländer verabschiedet hat, es aber seitdem keinerlei Ansätze für eine Umsetzung dieses Beschlusses gebe. Besonders übel fiel der Vertreter der FDP auf. Herr Bartsch in seinen Einlassungen:

Für ihn war das Problem der ausländischen Mitbürger auch ein „umweltpolitisches“ - angesichts der großen Bevölkerungsdichte in der BRD, so befand er, könnten zwei bis drei Millionen Ausländer schon sehr zur weiteren Umweltverschmutzung beitragen.

Die anwesenden Ausländer reagierten auf die dumme Dreistigkeit solcher Ausführungen auch eher amüsiert als empört; hätte man solche Ausführungen ernst genommen, hätte dieser Vertreter wohl vor die Tür gesetzt werden müssen.

Eine dritte Veranstaltung war dann am Freitag gemeinsam von Frauen des Frauenzentrums und türkischen Frauen vorbereitet worden. Es wurde der Film „40 m² Deutschland“ gezeigt, in dem in eindringlicher Weise die Unterdrückung einer ständig von ihrem Ehemann eingesperrten türkischen Frau geschildert wird.

Diese Veranstaltung war nur von einer kleinen Zahl Menschen besucht. Das Engagement einzelner kirchlicher Vertreter beschränkte sich dann auf den abschließenden Samstag, den „Tag des Flüchtlings“. Hier wurde von Mitgliedern der „Koordination für Flüchtlingsfragen“ ein Info-Stand und eine Ausstellung auf dem Recklinghäuser Markt organisiert.

ANZEIGE

Sonnenblume

Springstr. 2
am Hauptbahnhof

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...

Kästliche Milchprodukte

Montags bis Freitags: 9-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr

Naturkost

Ergebnisse der Beratungen vom 27. September in Essen

In der Gustav-Heinemann-Schule in Essen trafen sich am 27.9.1988 antifaschistische Organisationen und Initiativen zu ihrer 9. landesweiten Konferenz.



Die Tatsache, daß dies immerhin schon die 9. nordrheinwestfälische Landeskonzferenz war, spricht für Kontinuität; ob diese Kontinuität aber auch schon eine Stärkung oder Festigung der antifaschistischen Aktivitäten darstellt, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Für die Organisationen im Vorbereitungskreis (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, DKP, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Grüne und Jusos) stellte die Teilnehmerzahl von 160 Menschen schon eine „Stabilität“ dar. Hervorgehoben wurde auch, daß die örtliche Unterstützung in Essen seitens der Stadt, des Ausländerbeirates, der Industriergewerkschaft Metall und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gegeben war.

Uns scheint diese positive Einschätzung zu kurz zu greifen.

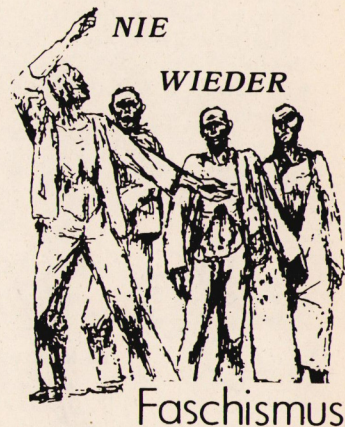
Vergleicht man allein die Teilnehmerzahlen der letzten drei Konferenzen, so sind die ständig, wenn auch nur geringfügig, zurückgegangen. Angesichts des wachsenden Einflusses von rechtskonservativen und neonazistischen Kräften ist aber ein Stagnieren der Antifa-Bewegung keine „Stabilisierung“, sondern Rückschritt.

Bedeutungsvoller aber als die Teilnehmerzahlen scheint uns der inhaltliche Verlauf der Konferenz.

Schon die Tatsache, daß nicht für alle geplanten Arbeitsgruppen Referenzen gefunden wurden, stimmt nicht gerade optimistisch. Als Ergebnisse der Gruppendiskussionen wurden nur in einigen Fällen Resolutionen oder Erklärungen dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt.

Von ursprünglich 12 vorgeschlagenen Arbeitsgruppen wurden insgesamt fünf Erklärungen dem Plenum vorgelegt (Arbeitshilfe zu den Kommunalwahlen, Offener Brief an den Vorstand der Ruhrkohle AG, Resolution gegen die Behinderung kurdischer Organisationen, Offener Brief zur Frage rechter Ökologen und rechtsextrimer „Sektenprediger“ wie Hubertus Mynarek, sowie eine Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichs-

pogrom_nacht). Von diesen wiederum gingen nur drei aus der Arbeit der Arbeitsgruppen hervor, die übrigen zwei waren vom Vorbereitungsausschuß vorgelegt worden. Weder auf dem Eröffnungsplenum noch auf dem Abschlußtreffen entstand auch nur ansatzweise eine Diskussion um die politische Situation und die anstehenden Aufgaben. Allein die Tatsache der Europa- und Kommunalwahlen 1989, auf die wir selbstverständlich eingehen müssen, weil Deutsche Volksunion und Nationaldemokratische Partei den Sprung ins Europaparlament anvisieren, wurde beachtet.



Was wir vermißten: Wie verhalten wir uns, wenn angesichts der sozialen Entwicklung im Ruhrgebiet Neofaschisten (FAP) - genannt sei das Stichwort Rheinhausen - versuchen, ihr Süppchen zu kochen?

Wir vermißten eine Diskussion über die nach wie vor bestehende Zersplitterung in der Antifa-Bewegung. Insbesondere autonome Kräfte lassen zur Zeit so gut wie gar keine Bereitschaft erkennen, die frühere Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Es ist aber bekannt, daß der Staatsapparat seine Angriffe auf die Autonomen konzentriert (ähnlich wie es bei ausländischen Organisationen mit FEYKA-Kurdistan betrieben wird).

Auch die angekündigte Diskussion über eine Verbreiterung des antifaschistischen Bündnisses in neue Schichten (Kirchen, Sozialdemokraten, Friedensbewegte) fand nicht mal ansatzweise statt - kein Erfahrungsaustausch, keine Orientierung der Plenumsdiskussion auf diese Frage. Dagegen war der Gesamteindruck insbesondere auf dem Abschlußplenum eher müde - man wurde das Gefühl nicht los, daß die meisten Erklärungen pflichtgemäß unter Dach und Fach gebracht werden sollten.

Widerspruch entzündete sich - und das wirft kein positives Licht auf diese Konferenz - allein an der Resolution zu den Verhafteten der kurdischen Arbeitervereine von FEYKA-Kurdistan.

Nicht so sehr die möglichen Widersprüche einzelner Anwesender zu FEYKA-Kurdistan bzw. zur PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) waren das Befremdende - hier gibt es sicher eine Reihe von Differenzen, insbesondere zwischen den verschiedenen Organisationen des kurdischen Widerstandes.

Das Traurige an der Auseinandersetzung war, daß einzelne die politische Solidarität mit FEYKA gegen die Angriffe des westdeutschen Staates nicht mitvertreten wollten. Ihnen ging es darum, zwar allgemein Ermittlungsverfahren nach §129 a abzulehnen, aber im Falle FEYKA sollte nach Möglichkeit nicht einmal der Name der Organisation, die ja von diesen Angriffen betroffen ist, genannt werden.

Auch bei den Inhaftierten wollten einige ihre Solidarität allein auf Ermittlungen nach dem 129 a beschränken.

Abgesehen davon, daß gegen die FEYKA-Mitglieder tatsächlich einzig und allein nach 129 a ermittelt wird, was allgemein bekannt ist, wurde durch diese Taktik unausgesprochen der Eindruck erweckt, daß der westdeutsche Staat gegen diese politischen Gefangenen auch noch nach anderen Paragraphen ermittelt, die womöglich rein kriminelle Delikte betreffen.

Die 16 Leute, die ihre politische Solidarität verweigerten und die Resolution ablehnten, wirken da schon sehr befremdlich.

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Hauptsächlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortlich und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P. und Kontaktadresse:
Norbert Gölitzer
Michaelstr. 14
4350 Recklinghausen
Tel.: 02361/35831

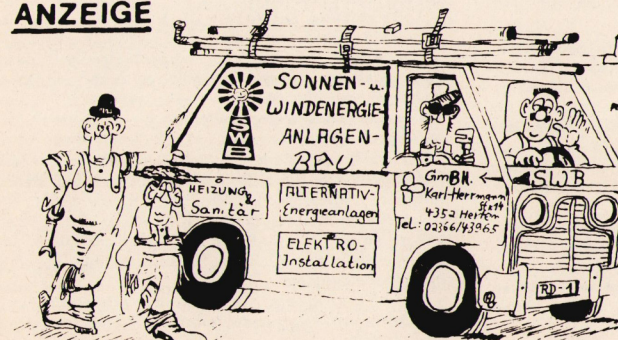
Redaktionsanschrift:
AntifaZ, Altstadt Schmiede
Kellerstr. 10, 4350 RE
Redaktions Sitzung:
mittwochs 17 Uhr

Bankverbindung:
Stadtsp.kasse Recklinghshn.
BLZ 426 500 30
Konto 1000 282 99

Auflagenhöhe: 500
Mitgewirkt haben:
Carina, Carsten, Eckardt,
Martin, Norbert, Sabine,
Wolfgang E., Wolfgang T.

Druck: druckwerk
Kellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

ANZEIGE



Arbeitshilfe zu den Kommunalwahlen

Die folgende „Arbeitshilfe“ zu den Kommunalwahlen wurde in der Arbeitsgruppe „Antifaschistische Strategie und Bündnispolitik zu den Europa- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr“ beraten und vom Abschluß-Plenum der Konferenz gebilligt. Sie soll Grundlage für eine Stellungnahme zu den Kommunalwahlen sein, die u.a. an den Städtetag NRW geschickt werden soll, und der Erarbeitung von antifaschistischen „Wahlprüfsteinen“ dienen.

1. Forderungen gegen Faschisten und deren Aktivitäten

Auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse der Landeskonferenzen der antifaschistischen Initiativen und Organisationen NRW fordern wir von den Kommunen und den in ihr vertretenen politischen Parteien, faschistische Betätigung nicht zuzulassen, sondern dem Beispiel der Städte Mannheim, Essen, Lübeck und vieler anderer zu folgen, deren Stadträte Beschlüsse gegen faschistische Organisationen gefaßt haben.

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen fordern wir insbesondere:

– Verbot faschistischer Organisationen und faschistischer Wiederbetätigung aufgrund Art. 139 GG; keine Vergabe von öffentlichen Räumen oder Plätzen für faschistische Auftritte, auch nicht für Wahlveranstaltungen, Unterbindung faschistischer Auftritte in Privaträumen (Gaststätten usw.) auf obiger Rechtsgrundlage.

– Nichtzulassung faschistischer Kandidaturen aufgrund Art. 139 GG.

– Keine Unterstützung faschistischer Wahlpropaganda durch Zurverfügungstellung von Plakatwänden oder durch Hauswurfsendungen der Bundespost mit faschistischer Propaganda und Wahlpropaganda, keine Fernseh- oder Rundfunk-Wahlsendungen für Faschisten.

2. Antifaschistische Aufklärung und Gegenmaßnahmen

Wir fordern von den Kommunen nicht nur Lippenbekenntnisse in der öffentlichen Verurteilung von Faschismus und Rassismus. Wir fordern eine Kommunalpolitik, die antifaschistische Aufklärungsarbeit und die kritische Auseinandersetzung mit faschistischen Inhalten nicht behindert und diskriminiert, wie das oft der Fall ist, sondern sie fördert.

Deshalb treten wir ein für:

– Finanzielle Unterstützung örtlicher antifaschistischer Initiativen und Gruppen aus Haushaltsmitteln, z.Bsp. Finanzierung antifaschistischer Publikationen, Veranstaltungen, Tagungen.

– Beteiligung von antifaschistischen Initiativen und Gruppen an der Arbeit der Jugendwohlfahrtsausschüsse der Kommunen. Erarbeitung von Konzepten für Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Kräften unter dem Schwerpunkt „Aufklärungsarbeit“.

– Bei Bedarf Einrichtung eines Koordinationsausschusses im Rat der Stadt, bei dem alle faschistischen Aktivitäten und im Zusammenhang damit auftauchende Probleme erfaßt und öffentlich dokumentiert werden. An diesem Koordinationsausschuß sollen sich antifaschistische Initiativen und Gruppen beteiligen können. Entwicklung von geeigneten Gegenmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den örtlichen antifaschistischen Kräften, öffentliche Berichterstattung in Presse und Medien.

– Erarbeitung von antifaschistischen, antirassistischen Unterrichtseinheiten und sonstigen Aufklärungsmaßnahmen, auch kultureller Art, für den Schul- und Jugendbereich in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Kräften, Aufforderung an die entsprechenden Behörden, diese einzusetzen.

– Bereitstellung von Abteilungen mit antifaschistischer Literatur in den öffentlichen Bibliotheken (historisch und zu aktueller Problematik), Finanzierung antifaschistischer Stadtrundfahrten, Erstellung und Einsatz antifaschistischer Ausstellungen, auch zur Stadtgeschichte.

– Benennung oder Umbenennung von Straßen und Plätzen nach antifaschistischen Widerstandskämpfern mit öffentlicher Erläuterung und Diskussion darüber.

3. Antifaschistische Kommunalpolitik

Wir treten ein für antifaschistische Grundsätze in der Kommunalpolitik. Das heißt, wir sind für eine Kommunalpolitik, die sozial orientiert ist, vom Grundsatz der Gleichheit der Menschen ausgeht und von Toleranz geprägt ist. Weil wir ein Interesse daran haben, daß wir von Kommunen politische Pflichten und Handlungen einfordern können und weil wir für mehr demokratische Einflußnahme und Kontrolle direkt in den Kommunen sind, wenden wir uns gegen die zunehmende Entrechtung der Kommunen durch Bund und Land und sind für politische, rechtliche und finanzielle Stärkung dezentraler, kleinstädtischer Kommunen.

a) Gegen die Entrechtung von Ausländern:

Wir wenden uns gegen die geplante Verschärfung der Ausländergesetze, die zu einer noch weiteren Differenzierung der rechtlichen Stellung der ausländischen Arbeiterbevölkerung führt und damit zu einer noch weiter verschärfen ungesicherten Existenz von Ausländern. Das entspricht den Ansprüchen der Unternehmerverbände an rechtlösen, von den deutschen Arbeitern abgespaltenen und lebenden Ausländer oft genug die schmutzigsten Arbeiten unter schwersten Bedingungen und schlechter Bezahlung leisten. Umso weniger können wir hinnehmen, daß den Ausländern als wichtigem Bestandteil der werktätigen Bevölkerung die elementarsten politischen Rechte entzogen bleiben.

Deshalb fordern wir:

– Uneingeschränktes Kommunalwahlrecht für Ausländer des ersten Schritt zum allgemeinen Wahlrecht.

– Auch in Kommunen, die diese Forderung im Stadtrat bereits erhoben haben, wird aber häufig noch nicht einmal die Arbeit der Ausländerbeiräte als minimalste politische Vertretung der Interessen der ausländischen Einwohner ausreichend unterstützt. Wir fordern: Volle Unterstützung und ausreichende Finanzierung der Arbeit von Ausländerbeiräten. Damit sie die Interessen der Ausländer ausreichend wahrnehmen können, brauchen sie Antrags- und Rederecht in den Räten sowie einen eigenen ausreichenden Haushalt. Direktwahlen für die Besetzung des Ausländerbeirates.

– Auflösung von Flüchtlingsheimen und -ghettos, Bereitstellung von angemessenem Wohnraum und ausreichenden Sozialhilfebezügen.

– Gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß, für Gleichbehandlung von Deutschen und Ausländern in jeder Beziehung.

– Unterstützung der Arbeit von Initiativen und Zentren gegen Ausländerfeindlichkeit, für Flüchtlingsarbeit.

– Kostenlose Deutsch-Sprachkurse, kostenlose Zurverfügungstellung öffentlicher Medien, auch von lokalen Rundfunk- oder Fernsehsendern.

b) Für eine soziale Kommunalpolitik und gegen Diskriminierung:

Wir sind für eine Kommunalpolitik, die an den Interessen und Bedürfnissen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten ausgerichtet ist. Deshalb sind wir gegen Wirtschaftsförderungsprogramme im Interesse der Konzerne und gegen die Unterordnung der Kommunalpolitik unter die Interessen der Industrie. Soziale Belange gehen vor industrielle Belange!

– Keine Kürzung oder Streichung von sozialen Leistungen zugunsten von Steuer- oder sonstigen Erleichterungen für die Industrie.

– Keine städtischen Ruhm-Großprojekte, mehr Geld für soziale Leistungen.

– Für kommunale Beschäftigungsprogramme. Keine Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst.

– Ausreichende Sozialhilfesätze für Sozialhilfeempfänger, keine Kürzungen oder Streichungen bei sozialen Leistungen, Unterstützung von Arbeitslosen mit Nulltarifen bei öffentlichen Einrichtungen und öffentlichem Verkehr, Umwandlungen von ABM-Stellen in feste Stellen im öffentlichen Dienst, keine Zwangs-Arbeitseinsätze von Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern.

– Keine Diskriminierung und städtische Bevormundung von sozialen Gruppen wie Punkern, Obdachlosen usw.

– Keine Diskriminierung und Beeinträchtigung der Arbeit von autonomen Jugendzentren, finanzielle Unterstützung für selbstverwaltete Jugendzentren und Jugendarbeit.

– Gegen jede Form der Benachteiligung von Frauen. Keine Beeinträchtigung der Arbeit von Pro Familia und Frauen-einrichtungen.

c) Gegen Revanchismus und Militarismus:

Alle faschistischen Organisationen propagieren die gewaltsame Wiederherstellung eines Großdeutschlands unter Annekterung fremder Staaten. Die deutsche Frage ist jedoch nicht mehr offen. Jede staatliche Unterstützung revanchistischer und militaristischer Ansprüche und Politik z.B. durch Unterstützung entsprechender Auftritte der „Vertriebenenverbände“ bedeutet eine Unterstützung faschistischer Propaganda und Politik.

– Aufkündigung von Städtepatenschaften in ehemals deutschen Ostgebieten, keine Vergabe von öffentlichen Geldern für solche „Patenschaften“ und für Vertriebenenverbände. Keine Ausrichtung und Übernahme von Schirmherrschaften für revanchistische Veranstaltungen der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften.

– Im Zusammenhang mit Aussiedlern treten wir dagegen ein, daß die BRD die „deutsche Frage“ künstlich offenhält durch die Behauptung, Staatsangehörige anderer Länder seien aufgrund ihrer deutschen Vorfahren dem „deutschen Volkstum“ zuzurechnen und deshalb deutsche Staatsangehörige, für die die BRD politische Vertretungs- und Einmischungsrechte postuliert. Wir sind gegen die Anwerbung von Aussiedlern durch westdeutsche Propagandakampagnen und die Schaffung von finanziellen Anreizen.



1. Die 9. landesweite Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen verurteilt die zahlreichen Solidaritätsadressen prominenter Personen, die sich schützend vor den rechtsextremen Sektensprediger Hubertus Mynarek gestellt haben, nur weil dieser das Wort Ökologie im Munde führt.

Mynareks „Ökologische Religion“ basiert z.T. auf den Thesen des rassistischen nationalsozialistischen Agitators Wilhelm Hauer, den Mynarek für „eine der bedeutendsten Größen der Religionswissenschaft des 20. Jahrhunderts“ hält, und den arisch-germanischen Religionsvorstellungen der Neofaschistin Sigrid Hunke, Mitarbeiterin des neurechten „Thule-Seminars“ und Ehrenpräsidentin der völkisch-rassistischen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“, mit der auch Mynarek eng zusammenarbeitet.

In Mynareks „Ökologischer Religion“ (nachzulesen in seinem gleichnamigen Buch, München 1986) wird die Natur zur göttlichen Macht erklärt, die politisch sei und sich durch den „ökoreligiösen Menschen“ (das sind Mynarek und seine Anhänger) die ihr nach Mynareks Meinung angemessene Staatsverfassung schaffe (S. 210ff). Dies ist eine organische Gemeinschaft mit einem „Führer“ als Zentralnervensystem und den Bürgern als ausführenden Organen (S. 50ff). Religiosität ist für Mynarek (wie für den

NS-Rassisten Hauer) „primärste Biologie“ (S. 159). Der „ökoreligiöse Mensch“ stehe auf der Evolutionsleiter bereits eine Stufe höher als der normale Mensch (S. 115f, 156, 159); der nicht-„ökoreligiöse Mensch“ dagegen „erreicht nicht seine eigentliche Bestimmung, seinen eigentlichen Wert“ (S. 171) und werde zum „Irrläufer der Evolution“ (S. 159). Besonders dann, wenn nicht-„ökoreligiöse“ Menschen gegen Mynarek antreten, bezeichnet er sie als „Psychopathen“ und „Kranke“, wie er es während seiner Veranstaltungen in Bonn und in seinen dort verteilten Flugschriften getan hat.

Wir fordern alle auf, die sich mit Mynarek und seiner menschenverachtenden Ideologie aus Unwissenheit solidarisierten, auf diesem falschen Wege umzukehren. Insbesondere richtet sich dieser Appell an Ossip K. Flechtheim, den Generalsekretär der Internationalen Assoziation für Religiöse Freiheit Dieter Gehrman, den Vorsitzenden des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Hubert Weinzierl, die Leiterin des BUND-Bildungswerkes für Bayern Beate Seitz-Weinzierl, den Mitbegründer der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Helmut Dörr, das Präsidiumsmitglied des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands Erich Sattler, einige Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Christen bei den Grünen und die Koordination Saarländer gegen Atomraketen.

2. Wir sind bestürzt darüber, daß die Leiterin des Arbeitskreises Umweltethik und Frieden im BUND, Beate Seitz-Weinzierl, in dem Buch „Zurück zur Natur-Religion“, das von dem Mitglied der „Unitarier“-Sekte und Autor in der neofaschistischen Zeitschrift „Nation Europa“, Holger Schlep, herausgegeben wurde, gemeinsam mit Neofaschisten, Nationalrevolutionären und/oder weiteren Mitgliedern der „Unitarier“-Sekte schreibt, nämlich Werner Georg Haverbeck (Collegium Humanum Vlotho), Henning Eichberg (Chefideologe der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik), Peter Bahn (früher Nationalrevolutionärer Koordinationsausschuß) und auch Mynarek. Wir fordern Frau Seitz-Weinzierl auf, sich ebenso wie andere Autoren des Buches, die sich vom Herausgeber in der wahren Intention des Buches getäuscht sahen, von diesen rechtsextremen Mitautoren zu distanzieren.

3. Wir fordern den Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und seine Mitgliedsorganisationen auf, das „Unitarier-Hilfswerk“ der völkisch-rassistischen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“, die in Teilen offen ausländerfeindlich ist und sich heute noch auf den nationalsozialistischen Agitator Wilhelm Hauer, den Nazi-Biologen Hans F.K. Günther, den über Jahre im Bundesverfassungsschutzbericht erwähnten Gründer der „Unitarier“-Sekte und auch des rechtsextremen „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes“ Herbert Böhme sowie andere faschistische Größen beruft, aus dem DPWV auszuschließen.



ANTIFAZ

6-Hefte Abo 18DM
Förderabo ab 25DM

ANZEIGENPREISLISTE

1/4 SeiteDM 30.-
1/2 SeiteDM 50.-
1/1 SeiteDM 100.-

Ein Jahr nach der Antiskinhead-Demo

„Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ lautet die Anklage gegen zwei Recklinghäuser und vier Oer-Erkenschwicker Mitglieder des „Volkssturm“ Recklinghausen, welche am 17.10. in Recklinghausen vor dem Jugendschöffengericht standen.

Warum Jugendschöffengericht, bleibt uns rätselhaft, sind doch die Angeklagten Armin K.(37), Roland St.(20), Andreas G.(20), Peter T.(20), Volker U.(20) und Ursula U.(27) allesamt durchaus nicht mehr ganz so jugendlich.

Was wurde konkret unter Anklage gestellt?

„Entwurf, Herausgabe und Verteilen eines Neonaziflugblattes“ und Verwendung von „Hakenkreuz, SS-Runen und Deutschem Gruß“ riefen laut Presseberichten den Staatsanwalt auf den Plan. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auf dem Flugblatt auch die Nazi-Parolen „Ein Volk steht auf und Sturm bricht los“ und „Deutschland erwache“ abgebildet waren. Zudem ein Nazi-Emblem mit dem Zusatz „Skinheads Doitschland“. Obwohl jedem bekannt ist, daß neofaschistische Skinheads schon vor dem Recklinghäuser Treffen eine ganze Reihe solcher „bundesweiter“ Skin-

headtreffen veranstaltet haben (Northeim, Hagen!!!), interessierte den Richter die Frage der

politischen Stoßrichtung des „Volkssturms“ überhaupt nicht. So gaben sich alle bis auf einen, der auf die Seite der Punks übergewechselt ist, als geistig beschränkt, politisch uninteressiert. Ihnen sei es nur um ‚harmloses‘ Saufen gegangen.

Sie bestritten auch alle, das besagte Flugblatt in Northeim verteilt zu haben, wurden aber von dem „Umgeschwenkten“ belastet. Dieser „Abtrünnige“ hatte damals das Layout des Naziflugblattes gestaltet, wofür er

vom Richter als „hochbegabtes Zeichentalent“ gelobt wurde - was wir beim besten Willen nicht nachvollziehen können.

„Bestraft“ wurden die Angeklagten dann mit 100 bzw. 80 Sozialstunden und für einen gab es eine Geldbuße von 800 DM, zu zahlen an das Marienstift in Oer-Erkenschwick.

Die Tatsache, daß bis auf den ‚geläuterten‘ Andreas G. niemand mehr etwas von damaligen neofaschistischen politischen Zielen wissen wollte, erscheint keineswegs als Indiz für die Glaubwürdigkeit. Einer brüstete sich immerhin noch im Gerichtssaal als Neonazi und schimpfte über den „Niedergang der BRD“. Angeblich sei der „Volkssturm“ nur ein loser Zusammenschluß von Sauf-

kumpanen gewesen. Dem Richter war es keine Nachfrage wert, wieso sich Säufer nun gerade unter der Bezeichnung

„Volkssturm“ organisierten und zu „bundesweiten“ Treffen aufriefen.

Auch die Tatsache, daß dem Recklinghäuser Handel ja nach eigenen Angaben immerhin 1,2 Millionen DM Verluste beschert wurden, war in dieser Verhandlung nicht erwähnenswert.

Eins aber sollte noch einmal besonders angemerkt werden:

In den Wochen vor dem 7. November 1987 wußte von den Recklinghäuser Verantwortlichen, seines Bürgermeister, Polizeipräsident oder Stadtdirektor, angeblich niemand, ob überhaupt ein Treffen geplant sei.

Schon damals hatten die Recklinghäuser Antifa-

schistInnen darauf verwiesen, daß ja der Polizeipräsident von Northeim im Anschluß an die dortigen Skinaufmärsche bekanntgegeben hatte, daß das nächste Treffen im November in Recklinghausen stattfinden werde. Ihm hatte selbstverständlich das dort verteilte Flugblatt des „Volkssturms“ schon vorgelegen!

Somit war klar, daß auch der Recklinghäuser Polizeipräsident und damit die verantwortlichen Politiker allesamt informiert waren. Sie haben die Öffentlichkeit bewußt im Unklaren gelassen, um mit allen Mitteln eine Gegendemonstration zu verhindern. Man sollte diesen „ehrlichen“ Leuten bei den nächsten Kommunalwahlen eine Quittung verpassen.

Attatrol

Buchladen GmbH

• Papierwaren •

• Postkarten •

• Bücher •

ANZEIGE



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •

36

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

Gasträume für Neonazis - Ja oder Nein?

Was eine Umfrage in Recklinghausen ergab

Der **Antifaschistische Bund Recklinghausen** hat Anfang Oktober eine Umfrage bei Recklinghäuser Gastronomen durchgeführt. Die Gretchenfrage war: Sind Sie bereit, neofaschistischen Gruppierungen Gastrecht zu gewähren oder nicht?

Das Ergebnis ist insgesamt recht erfreulich: Von über 30 befragten GastwirtInnen waren insgesamt nur drei willens, auch Neonazis Gasträume zur Verfügung zu stellen.

Zwei Lokalitäten liegen in der Nähe des Reckling-

häuser Hauptbahnhofs (Bahnhofsklausen und Queen's Pub), die dritte Gaststätte, und dies ist der eigentliche Skandal, ist der Recklinghäuser „Ratskeller“.

Wir wollen uns das Verhalten der drei ‚Befürworter‘ einmal etwas genauer ansehen.

Bei der Wirtin des Queen's Pub war es wohl große Ängstlichkeit, die sie davon abhielt, eine klare Ablehnung zu unterschreiben. Obwohl ihr einige Gäste zuredeten, sie solle ruhig ihre Unterschrift unter die Erklärung

setzen, war sie trotz Schwankens schließlich nicht dazu bereit.

Von ganz anderem Kaliber war dagegen der Wirt der Bahnhofsklausen, ein Herr Sonnenberg. Nachdem er anfangs den Unterschriftensammler kurz beschieden hatte, er sei streng neutral, wurde

er zusehends aggressiv; und befragt, ob er denn nun bereit sei, auch Neonazis Räume zu gewähren, bezeichnete er die Unterschriftenaktion als ‚Diktatur‘ und erkundigte sich, von wem die Aktion ‚gesteuert‘ würde.

37

Dann verwies er die Interviewer des Lokals und wurde beinahe gewalttätig. Einen der AFB-Leute packte er ständig an die Schulter und drohte mit Schlägen. Das Gesamtverhalten ließ nur den eindeutigen Schluß zu: Diesem Herrn waren Nazis offensichtlich eher willkommen als AntifaschistInnen. Der dritte im Bunde der Gastwirte, welche auch Neofaschisten willkommen heißen, war der Wirt des Ratskellers, Herr Cović. Dies ist ein Skandal - wirklich. Bei eben diesem Herrn hatten sich ja vor einigen Monaten ca. 80 Neofaschisten eingefunden, um eine Kreisversammlung der NPD durchzuführen. Die Antifaschisten hatten davon erfahren und waren in größerer Anzahl vor den Ratskeller gezogen, um gegen die Anwesenheit der Faschisten zu protestieren. Erst als Bürgermeister Welt und andere Offizielle der Stadt ebenfalls am Ort des Geschehens eintrafen, wurde es dem

Herrn Cović doch etwas mulmig. Nun wollte er plötzlich nichts davon gewußt haben, daß es sich um die NPD gehandelt habe. Er hätte sonst selbstverständlich niemals seine Zusage gegeben, schließlich sei er doch selber Ausländer. Nun, damals glaubten ihm die AntifaschistInnen, auch wenn es vielen merkwürdig vorkam, wie lange Herr Cović brauchte, um endlich selber zu erscheinen und die 'Gäste' von der NPD des Lokals zu verweisen. (Dabei zeigte er deutlich, daß auch die AntifaschistInnen das Lokal zu verlassen hätten). Nun hätten wir wohl erwarten können, daß Herr Cović sich vehement dagegen ausspräche, daß jemals wieder Nazis in sein Lokal kämen; aber großer Irrtum! Beim ersten Mal, als die Unterschriftensammler vom AFB bei ihm erschienen, versuchte er noch, sie abzuwimmeln: Er müsse erst noch einmal mit dem Bürgermeister Rücksprache neh-

men. Als die Sammler dann ein zweites Mal kamen, teilte er ihnen offen und klar mit: Bei ihm könne jeder einkehren, es gehe ihm einzig und allein um seinen Profit. Wenn die NPD „sich ordentlich benimmt“, kann auch sie jederzeit bei ihm einkehren. Wir waren wie vor den Kopf geschlagen - waren also seine früheren Äußerungen nur vorgetäuscht, weil zu viel Öffentlichkeit da war? Für den Antifaschistischen Bund soll diese Frage, was den Ratskeller betrifft, der sich ja immerhin im Rathaus befindet, noch nicht abgeschlossen sein. Schon für die Kommunalwahlen 1989 kann diese Umfrageaktion des AFB von Bedeutung sein.



DIE RECKLINGHÄUSER SYNAGOGE nach dem Brandanschlag der Nazis vom November 1938.

Pinwand

TERMINE

Herne
Sa, 25.11., 20.00 Uhr, Revierpark Gysenberg, "Rock it - Rock gegen rechts"

Bochum
Di, 15.11., 19.00 Uhr, Volkshochschule (Rathausplatz) "Im Schatten der Krise" (mit M. von Hellfeld)

Bochum
So, 20.11., 11 - 17.30 Uhr, Falkenheim, Akademiestr. 69, Antifaschistische Stadtkonferenz Bochum

Recklinghausen
Fr, 18.11., 20.00 Uhr, Buchhandlung Winkelmann, Lesung mit Bernt ENGELMANN, "Deutschland ohne Juden - eine Bilanz"

Herne
Sa, 19.11., 17.30 Uhr, Kulturzentrum, "Dayanisma-Solidarität", Türkisch-Kurdisches Kulturfest

Bundesweit
3.-10.12., Aktionswoche von amnesty international anläßlich des 40. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

ADRESSEN

HOLZWURM
RE, Münsterstr. 2a
02361 / 15698

Jungsozialisten in der SPD
Stadtverband RE
Paulusstr. 45
02361 / 29 329

Die Grünen
Fraktion Rathaus, Z. 117
02361 / 587 462

Antifaschistischer Bund (AFB)
c/o Carsten Tiemann
RE, Oberlinstr. 19
02361 / 4 45 08

Deutsch-Türkischer Verein
RE, Am Steintor 5
02361 / 17483

Demokratische Fraueninitiative
c/o Waltraud Weber
RE, Im Hillen 15
02361 / 47 697

Autonomes Zentrum
"Krim" RE, Münsterstr. 2a
02361 / 15698